



Jahresabschluss und Lagebericht
der IKB Deutsche Industriebank AG
2006/2007

IKB. Die unternehmerische Entscheidung.

Organe, Gremien

- 5 Vorstand
- 6 Aufsichtsrat
- 7 Ausschüsse des Aufsichtsrats
- 8 Beraterkreis

Lagebericht der IKB Deutsche Industriebank AG

- 12 1. Rahmenbedingungen
- 13 2. Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage
- 14 3. Nachtragsbericht
- 15 4. Risikobericht
- 33 5. Prognosebericht
- 36 6. Vergütungsbericht
- 41 7. Sonstige Finanzinformationen

Jahresabschluss der IKB Deutsche Industriebank AG

- 46 **Jahresbilanz**
- 48 **Gewinn- und Verlustrechnung**
- 50 **Anhang**
- 50 Erläuterungen zum AG-Jahresabschluss
- 52 Erläuterungen zur Bilanz
- 58 Erläuterungen zur Gewinn- und
Verlustrechnung
- 59 Sonstige Angaben
- 71 **Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers**

- 72 **Die Standorte der IKB Deutsche Industriebank AG**

Vorstand

Frank Braunsfeld

Dr. Volker Doberanzke

Dr. Markus Guthoff

Claus Momburg

Stefan Ortseifen (Sprecher des Vorstands)

Aufsichtsrat

Ehrenvorsitzender

Prof. Dr. jur. Dr.-Ing. E. h.
Dieter Spethmann, Düsseldorf
Rechtsanwalt

Dieter Ammer, Hamburg
Kaufmann

Jörg Asmussen, Berlin
Ministerialdirektor im
Bundesministerium der Finanzen

Vorsitzender

Dr. h.c. Ulrich Hartmann, Düsseldorf
Vorsitzender des Aufsichtsrats der
E.ON AG

Dr. Jens Baganz, Düsseldorf
Staatssekretär im Ministerium
für Wirtschaft, Mittelstand und Energie
des Landes Nordrhein-Westfalen

Stellv. Vorsitzender

Detlef Leinberger, Frankfurt am Main
Mitglied des Vorstands der
KfW Bankengruppe

Dr. Jürgen Behrend, Lippstadt
Geschäftsführender persönlich haftender
Gesellschafter der
Hella KGaA Hueck & Co.

Wolfgang Bouché, Düsseldorf *

Stellv. Vorsitzender

Dr. Alexander v. Tippelskirch, Düsseldorf
Stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der
IKB Deutsche Industriebank AG

Hermann Franzen, Düsseldorf
Persönlich haftender Gesellschafter des
Porzellanhauses Franzen KG

Dr.-Ing. Mathias Kammüller, Ditzingen
Vorsitzender der Geschäftsleitung der
TRUMPF Werkzeugmaschinen GmbH + Co. KG

Jürgen Metzger, Hamburg *

Roland Oetker, Düsseldorf
Rechtsanwalt
Geschäftsführender Gesellschafter der
ROI Verwaltungsgesellschaft mbH

Dr.-Ing. E. h. Eberhard Reuther, Hamburg
Vorsitzender des Aufsichtsrats der
Körber Aktiengesellschaft

Ausschüsse des Aufsichtsrats

Randolf Rodenstock, München
Geschäftsführender Gesellschafter der
Optische Werke G. Rodenstock KG

Rita Röbel, Leipzig *

Dr. Michael Rogowski, Heidenheim
Vorsitzender des Aufsichtsrats der
Voith AG

Jochen Schametat, Düsseldorf *

Dr. Carola Steingräber, Berlin *

Dr. Martin Viessmann, Allendorf (Eder)
Vorsitzender der Geschäftsführung der
Viessmann Werke GmbH & Co. KG

Ulrich Wernecke, Düsseldorf *

Andreas Wittmann, München *

Aufsichtsratspräsidium

Vorsitzender

Dr. h.c. Ulrich Hartmann

Detlef Leinberger

Dr. Alexander v. Tippelskirch

Finanz- und Prüfungsausschuss

Vorsitzender

Detlef Leinberger

Wolfgang Bouché

Dr. h.c. Ulrich Hartmann

Dr. Alexander v. Tippelskirch

* von den Arbeitnehmern gewählt

Beraterkreis

Vorsitzender

Jürgen R. Thumann, Berlin
Präsident des
Bundesverbandes der Deutschen Industrie e. V.

Stellv. Vorsitzender

Dr. Hermut Kormann, Heidenheim
Vorsitzender des Vorstands der
Voith AG

Dipl.-Ing. Norbert Basler, Großhansdorf
Vorsitzender des Aufsichtsrats der
Basler AG

Prof. Dipl.-Kfm. Thomas Bauer, Schrobenhausen
Vorsitzender des Vorstands der
BAUER Aktiengesellschaft

Josef Beutelmann, Wuppertal
Vorsitzender des Vorstands der
Barmenia Versicherungs-Gesellschaften

Dipl.-Ing. Jan-Frederic Bierbaum, Borken
Geschäftsführender Gesellschafter der
Bierbaum Unternehmensgruppe GmbH & Co. KG

Dipl.-Kfm. Martin Dreier, Dortmund
Geschäftsführender Gesellschafter der
Dreier-Werke GmbH + Dreier Immobilien

Prof. Dr. phil. Hans-Heinrich Driftmann, Elmshorn
Geschäftsführender Gesellschafter der
Peter Kölln KGaA

Dr. Hugo Fiege, Greven
Geschäftsführender Gesellschafter der
Fiege Deutschland GmbH & Co. KG

Hans-Michael Gallenkamp, Osnabrück
Vorsitzender des Beirats der
Felix Schoeller Holding GmbH & Co. KG

Dr. Jürgen Großmann, Hamburg
Vorsitzender des Aufsichtsrats der
Georgsmarienhütte Holding GmbH

Wolfgang Gutberlet, Fulda
Vorsitzender des Vorstands der
tegut... Gutberlet Stiftung & Co.

Franz M. Haniel, München
Vorsitzender des Aufsichtsrats der
Franz Haniel & Cie. GmbH

Dipl.-Kfm. Dietmar Harting, Espelkamp
Persönlich haftender Gesellschafter der
Harting KGaA

Dr. Barbara Hendricks, Berlin
Parlamentarische Staatssekretärin beim
Bundesminister der Finanzen

Dr. Hannes Hesse, Frankfurt am Main
Hauptgeschäftsführer des
Verbandes Deutscher Maschinen-
und Anlagenbau e. V.

Dr. Stephan J. Holthoff-Pförtner, Essen
Rechtsanwalt und Notar

Martin Kannegiesser, Vlotho
Geschäftsführender Gesellschafter der
Herbert Kannegiesser GmbH & Co.

Dr. Michael Kaschke, Oberkochen
Mitglied des Vorstands der
Carl Zeiss AG

Dipl.-Wirtsch.-Ing. Arndt G. Kirchhoff, Attendorn
Geschäftsführender Gesellschafter der
KIRCHHOFF AUTOMOTIVE GmbH & Co. KG

Dr. Jochen Klein, Darmstadt
Vorsitzender des Beirats der
Döhler GmbH

Prof. Dr.-Ing. Eckart Kottkamp, Bad Oldesloe
Vorsitzender des Beirats der
Hako Holding GmbH & Co.

Matthias Graf von Krockow, Köln
Sprecher der persönlich haftenden
Gesellschafter des
Bankhauses Sal. Oppenheim jr. & Cie. KGaA

Andreas Langenscheidt, München
Geschäftsführender Gesellschafter der
Langenscheidt KG

Dr.-Ing. Wolfhard Lechnitz, Bonn
Vorsitzender des Vorstands der
IVG Immobilien AG

Axel Oberwelland, Berlin
Persönlich haftender Gesellschafter und
Vorsitzender der Geschäftsführung der
August Storck KG

Dipl.-Kfm. Jürgen Preiss-Daimler, Wilsdruff
Geschäftsführender Gesellschafter der
P-D Gruppe

Olivier Schatz, Paris
Co-Head of Corporate and
Investment Banking
NATIXIS

Hartmut Schauerte, Berlin
Parlamentarischer Staatssekretär beim
Bundesminister für Wirtschaft
und Technologie

Dr. Ingeborg von Schubert, Bielefeld
Vorsitzende des Beirats der
E. Gundlach GmbH & Co. KG

Reinhold Schulte, Dortmund
Vorsitzender des Vorstands der
SIGNAL IDUNA Gruppe

Dr. Eric Schweitzer, Velten bei Berlin
Mitglied des Vorstands der
ALBA AG

Dr.-Ing. Hans-Jochem Steim, Schramberg
Geschäftsführender Gesellschafter der
Hugo Kern und Liebers GmbH & Co.

Dr. Alfred Tacke, Essen
Vorsitzender der Geschäftsführung der
STEAG GmbH

Dipl.-Kfm. Rainer Thiele, Halle/Saale
Geschäftsführender Gesellschafter der
KATHI Rainer Thiele GmbH

Torsten Toeller, Krefeld
Vorsitzender der Geschäftsführung der
Fressnapf Tiernahrungs GmbH

Dr. Martin Wansleben, Berlin
Hauptgeschäftsführer des
DIHK Deutscher Industrie- und
Handelskammertag

Dr. Ludolf v. Wartenberg, Berlin
Mitglied des Präsidiums des
Bundesverbandes der Deutschen Industrie e. V.

Clemens Freiherr von Weichs, Paris
Président du Directoire
EULER

Lagebericht der IKB Deutsche Industriebank AG

- 1. Rahmenbedingungen
- 2. Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage
- 3. Nachtragsbericht
- 4. Risikobericht
- 5. Prognosebericht
- 6. Vergütungsbericht
- 7. Sonstige Finanzinformationen

1. Rahmenbedingungen

Im Geschäftsjahr 2006/07 profitierte die IKB von positiven gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen; dies gilt sowohl für die wirtschaftliche Entwicklung auf unserem Kernmarkt, Deutschland, als auch für jene Länder, in denen die IKB im Rahmen der strukturierten Finanzierung tätig ist.

In Deutschland ist das BIP im Jahr 2006 um 2,8 % gestiegen. Wichtiger noch als diese Größe ist für das Inlandskreditgeschäft der IKB die Entwicklung der Ausrüstungsinvestitionen; diese nahmen im letzten Jahr um beachtliche 7,3 % gegenüber dem Vorjahr zu. Hauptmotor für diesen Anstieg waren die Exporte, die um 12,5 % expandierten.

Aufgrund der hohen Auftragseingänge aus dem Ausland sahen sich die Unternehmen im letzten Jahr nicht nur veranlasst, verstärkt in Ausrüstungen zu investieren, sondern dabei auch ihre Kapazitäten zu erweitern. Und da mittelständische Unternehmen unverändert das Gros ihrer Produktionsstätten in Deutschland haben, nahmen diese Firmen entsprechend Kredite zur Finanzierung ihrer Ausrüstungen und Bauten auf bzw. finanzierten diese Investitionen über Leasing oder mezzanines Kapital.

Eine deutliche Belebung hat im abgelaufenen Geschäftsjahr in Deutschland auch der Immobilienmarkt erfahren. Nachdem hier über Jahre hinweg eine teilweise stagnierende bzw. sogar rezessive Entwicklung zu beobachten war, kam es im Jahr 2006 im Zuge des allgemeinen Wirtschaftsaufschwungs zu einer deutlichen Aufwärtsentwicklung bei der Nachfrage nach Immobilien.

Weiterhin positiv sind die Rahmenbedingungen auch auf unseren Auslandsmärkten. Dabei sind wir vor allem mit Akquisitions- und Projektfinanzierungen in Westeuropa aktiv. Auf allen Märkten konnten wir aufgrund der guten Wirtschaftsentwicklung eine hohe Nachfrage nach unseren Finanzierungsprodukten feststellen.

Das Marktumfeld in der Akquisitionsfinanzierung präsentierte sich weiterhin ausgesprochen dynamisch. Sowohl europäische Investoren als auch amerikanische Private-Equity-Häuser sind weltweit sehr aktiv. Nach Informationen von Standard & Poor's hat das globale Volumen der Akquisitionsfinanzierungen im Jahr 2006 auf 490 Mrd. € zugenommen. Dabei ist neben den großen Transaktionen ein verstärktes Wachstum bei kleineren Projekten mit einem EBITDA zwischen 20 und 50 Mio. € festzustellen.

Der Markt für internationale Projektfinanzierungen entwickelte sich mit hohen zweistelligen Wachstumsraten. Nach Daten von pfi (Project Finance International) hat sich das globale Kreditvolumen für Projektfinanzierungen in den letzten drei Jahren mehr als verdoppelt. Für das Jahr 2006 wird es mit 180 Mrd. USD beziffert.

2. Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Die IKB ist die führende deutsche Spezialbank für die langfristige Unternehmensfinanzierung. Zu unserer Zielgruppe zählen vor allem Unternehmen des deutschen Mittelstandes und darüber hinaus auch größere ausländische Firmen. Zudem stehen professionelle Immobilieninvestoren und Projektentwickler sowie weitere Projektpartner aus dem In- und Ausland im Fokus unserer Aktivitäten.

Bei der Gewährung von langfristigen Investitionskrediten an Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes ist die Bank Marktführer mit einem Marktanteil von 13,5 %. Stärkste Wettbewerber der IKB in Deutschland sind die großen Universalbanken sowie ausgewählte größere Institute aus dem öffentlichen Bankensektor.

Die Stärke der IKB liegt in ihrer Spezialisierung, der damit verbundenen Kompetenz, Expertise und dem hohen Vertrauen, das sie bei ihren Kunden besitzt. Nicht zuletzt hieraus resultiert die gute Ertragsentwicklung der Bank während der letzten Jahre.

Hinzu kommt, dass sich die IKB bereits vor Jahren von einem Kreditgeber zu einem Kreditmanager entwickelt hat und in Deutschland eines der führenden Institute im Bereich der Vertriebsaktivitäten ist. Dies bedeutet auf der einen Seite die Möglichkeit der umfassenden Ausplatzierung von Kreditrisiken; andererseits eröffnet dies zugleich die Chance für Investments in internationale Kreditportfolien und damit der Erhöhung der sektoralen und regionalen Diversifikation des Kreditengagements sowie der maßgeblichen Steigerung der Erträge.

Ertragsentwicklung

Der Zinsüberschuss belief sich im Berichtszeitraum auf 509 Mio. € (Vorjahr: 515 Mio. €). Mehr als drei Viertel dieses Überschusses resultieren aus den

Geschäftsaktivitäten unserer Segmente, während knapp ein Viertel im Rahmen der Eigenmittelanlage erzielt wurde. Der leichte Rückgang im Vergleich zum Vorjahr erklärt sich daraus, dass in 2005/06 eine einmalige Ausschüttung einer Tochtergesellschaft im Immobilienbereich enthalten war.

Der Provisionsüberschuss erreichte 115 Mio. € (125 Mio. €). Die eine Hälfte dieses Überschusses stammt aus Strukturierungsgebühren sowie Provisionen der Geschäftsfelder Firmenkunden, Immobilienkunden und Strukturierte Finanzierung, die andere Hälfte resultiert im Segment Verbriefungen aus Beratungsgebühren des Conduits Rhineland Funding. Das Nettoergebnis aus Finanzgeschäften war mit –10,1 Mio. € (0,5 Mio. €) negativ.

Die Verwaltungsaufwendungen stiegen um 14,6 % auf 260 Mio. € an. Der Personalaufwand nahm dabei um 12,1 % auf 146 Mio. € zu, im Wesentlichen bedingt durch die steigende Mitarbeiterzahl gerechnet auf Vollarbeitszeitkräfte um 61 auf 1 156. Die Anderen Verwaltungsaufwendungen betragen 114 Mio. € (96 Mio. €). Die Kostensteigerungen reflektieren insbesondere Investitionen in die internationale Expansion der IKB. Überdies haben wir durch weitere Investitionen in die Infrastruktur die Zahl der Mitarbeiter in den Zentralbereichen (beispielsweise Controlling und Risikomanagement) erhöht. Diese Investitionen waren mit einem hohen IT-Einsatz und mit zum Teil hohen Beraterkosten verbunden.

Das Sonstige betriebliche Ergebnis ist erwartungsgemäß um 32,5 % auf 161 Mio. € zurückgegangen. In diesem Betrag ist der innerhalb des Konzerns erfolgte Übergang der Anteile an der IKB International auf die IKB Lux Beteiligung S.a.r.l. enthalten. Im Vorjahr hatten wir Anteile an Tochtergesellschaften auf eine eigene Beteiligungsgesellschaft übertragen und damit im Interesse der Aktionäre Erlöse steuerfrei realisiert.

Den Risikovorsorgesaldo im Kreditgeschäft haben wir um 44,3 % auf 270 Mio. € zurückgeführt. Die Nettorisikovorsorge belief sich dabei auf 215 Mio. € (541 Mio. €), das Ergebnis der Liquiditätsreserve auf –55 Mio. € (57 Mio. €).

Zusammengefasst ergab sich daraus ein Ergebnis von 245 Mio. € (168 Mio. €). Nach Abzug der Steuern von 24 Mio. € (19 Mio. €) resultierte ein um 48,3 % gestiegener Gewinn nach Steuern von 221 Mio. €.

Wir haben dieses Ergebniswachstum genutzt, um den Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB mit 75 Mio. € zu dotieren. Somit ergibt sich ein Jahresüberschuss von 146 Mio. €. Weitere 71 Mio. € haben wir in die Rücklagen eingestellt, sodass sich ein Bilanzgewinn von 75 Mio. € ergibt. Vorstand und Aufsichtsrat schlagen der Hauptversammlung vor, den Gewinn zur Ausschüttung einer unveränderten Dividende in Höhe von 85 Cent pro Stückaktie zu verwenden.

Bilanz

Die Bilanzsumme ist um 17,9 % bzw. 8,2 Mrd. € auf 54,3 Mrd. € angestiegen. Das Stichtagskreditvolumen lag am 31. März 2007 mit 34,1 Mrd. € um 7,2 % über dem entsprechenden Vorjahreswert; damit konnte die expansive Entwicklung der letzten Jahre fortgeschrieben werden. Im Stichtagskreditvolumen sind die Kredite an Kunden, die Kredite an Banken, das verbrieftes Kreditgeschäft in Form von Schuldverschreibungen sowie die Bürgschaften erfasst.

Die Forderungen an Kreditinstitute stiegen auf 12,6 Mrd. € (10,0 Mrd. €), die Forderungen an Kunden nahmen auf 25,0 Mrd. € (22,2 Mrd. €) zu. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere beliefen sich am Bilanzstichtag auf 14,5 Mrd. € (12,2 Mrd. €); enthalten ist darin das verbrieftes Kreditgeschäft mit 5,0 Mrd. € (4,5 Mrd. €). Die Beteiligungen/Anteile an verbundenen Unternehmen erhöhten sich auf 1,0 Mrd. € (0,9 Mrd. €), sonstige Aktiva betragen 1,2 Mrd. € (0,8 Mrd. €).

Refinanzierung

Die Ausweitung unserer Geschäftsaktivitäten haben wir maßgeblich durch die Emission von Schuldverschreibungen finanziert; entsprechend erhöhte sich die Position der Verbrieften Verbindlichkeiten um 6,3 Mrd. € auf 27,8 Mrd. €. Einem Emissionsvolumen von 15,6 Mrd. € standen Tilgungen in Höhe von 9,3 Mrd. € gegenüber. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten haben wir um 0,4 Mrd. € auf 16,2 Mrd. € zurückgeführt. Dabei nahmen die täglich fälligen Verbindlichkeiten um 0,9 Mrd. € auf 2,5 Mrd. € zu; die Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist beliefen sich auf 13,7 Mrd. € (15,1 Mrd. €). Für die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden ergab sich eine Zunahme um 1,9 Mrd. € auf 4,7 Mrd. €.

Die Nachrangigen Verbindlichkeiten haben wir um 0,2 Mrd. € auf 1,9 Mrd. € erhöht. Dagegen ist das Genussrechtskapital im Rahmen planmäßiger Tilgungen um 42 Mio. € auf 0,6 Mrd. € rückläufig gewesen. Die Stillen Einlagen lagen mit 0,4 Mrd. € auf Vorjahresniveau. Die Dotierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken wurde um 75 Mio. € auf 155 Mio. € erhöht.

Das Eigenkapital belief sich auf 1,8 Mrd. € und erhöhte sich um die Rücklagendotierung von 71 Mio. € im Vergleich zum Vorjahr. Die aufsichtsrechtlichen Eigenmittel nach § 10 KWG betragen am Bilanzstichtag 3,3 Mrd. €.

3. Nachtragsbericht

Wesentliche Ereignisse nach dem Bilanzstichtag, über die zu berichten wären, haben sich für die AG nicht ergeben. Risiken aus Kreditengagements, die das Geschäftsjahr 2006/07 betreffen und bis zum Aufstellungszeitpunkt des Jahresabschlusses bekannt wurden, sind in der Risikovorsorge berücksichtigt.

4. Risikobericht

Ziele und Strategien des Risikomanagements

Die Bereitschaft, gezielt Risiken einzugehen, ist eine Voraussetzung dafür, Ertragschancen nutzen zu können. Die Risikokultur der IKB ist geprägt durch einen konservativen Umgang mit den Risiken des Bankgeschäftes. Sie steht auf dem Fundament der Risikotragfähigkeit und spiegelt sich in der Geschäfts- und Risikostrategie, in den daraus abgeleiteten Risikoobergrenzen und Limiten und in der Risikoorganisation hinsichtlich Verantwortlichkeiten und interner Prozesse wider.

Die Bemessung der Risikotragfähigkeit orientiert sich an unserer Ertragskraft, unserer soliden Kapitalbasis und unserer Reputation am Kapitalmarkt, die nicht zuletzt auch in dem aktuellen Rating der IKB von Aa3 durch die Ratingagentur Moody's ihren Ausdruck finden.

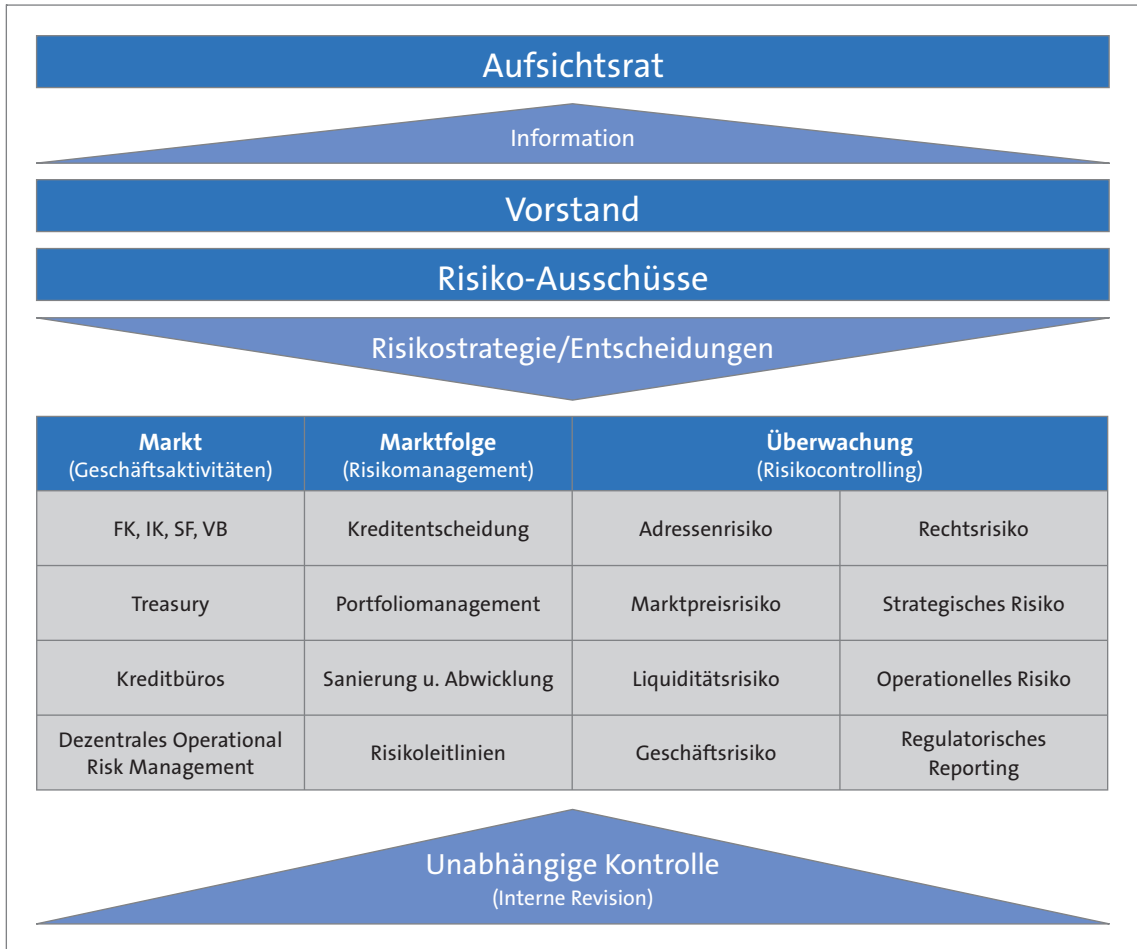
Um ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Risiko und Rendite sicherzustellen, sind Risikomanagement und Risikokontrolle wichtige Kernelemente unseres Geschäftsansatzes. Ziel ist es dabei, nicht nur alle im Rahmen unserer Geschäftstätigkeit entstehenden Risiken frühzeitig zu erkennen, sondern diese auch der Risikotragfähigkeit entsprechend durch ein wirksames Risikosteuerungsinstrumentarium gezielt zu begrenzen. Eine erfolgreiche Risikoüberwachung und -steuerung ist somit die Voraussetzung für ein renditestarkes Wachstum und damit den nachhaltigen Erfolg der IKB.

Risikomanagement-Grundsätze und -Organisation

Grundsätze. Das Risikomanagement im IKB-Konzern und die Kontrolle von Risiken beruhen auf fünf Grundsätzen:

1. Der Vorstand ist verantwortlich für sämtliche konzernweit eingegangenen Risiken sowie deren laufendes und aktives Management.
2. Wir orientieren uns an unserer Risikotragfähigkeit, also der Höhe des Risikos, welches wir aufgrund unserer Ertrags- und Finanzkraft eingehen können.
3. Ein unabhängiger Kontrollprozess gewährleistet eine objektive Prüfung und Überwachung der mit den Aktivitäten verbundenen Risiken nicht nur auf der Stufe der Einzelengagements, sondern auch auf der Ebene des Gesamtportfolios über alle Risikoarten und Geschäftsbereiche hinweg.
4. Eckpfeiler der Risikokontrolle ist eine zeitnahe, umfassende und objektive Offenlegung der Risiken gegenüber dem Vorstand, dem Aufsichtsrat, den Aktionären, den Aufsichtsbehörden sowie den Ratingagenturen.
5. Durch ständige Marktbeobachtung sowie enge Kontakte zu Kunden, Kapitalmarktpartnern, Institutionen und Verbänden können wir frühzeitig Veränderungen unseres Umfelds erkennen und zeitnah darauf reagieren.

Risikoorganisation



Risikomanagement-Organisation. Ein in funktionaler und organisatorischer Hinsicht den gesetzlichen Anforderungen entsprechendes und auf das Geschäftsmodell der IKB zugeschnittenes Risikomanagement-System ist die Basis für die Funktionsfähigkeit und Wirksamkeit des gesamten Risikosteuerungs-Prozesses. Die Abgrenzung der Aufgaben und Verantwortungsbereiche ist in einem Risikomanagement-Regelwerk dokumentiert, das unter Berücksichtigung aller gesetzlichen und bankinternen Anforderungen in Verbindung mit der Kreditrisikostategie und mit spezifischen Organisationsanweisungen die Grundsätze des Risikomanagement-Systems der IKB fixiert.

Aufsichtsrat. Der Aufsichtsrat wird seitens des Vorstands in seinen Sitzungen regelmäßig über die Risikolage und das Risikomanagement detailliert unterrichtet.

Vorstand. Für das IKB-Risikomanagement zeichnet der Vorstand verantwortlich. Er legt die Risikopolitik in Form einer klar formulierten Geschäfts- und Risikostrategie sowie der Geschäftsarten fest, definiert das vertretbare Gesamtrisiko im Rahmen der Risikotragfähigkeit und bezieht die Kontrolle von Risiken als wesentliche Bestandteile in seine Prozesse und seine Planung ein.

Innerhalb des Vorstands ist der Risikovorstand verantwortlich für das Risikomanagement des Adressenausfallrisikos sowie des Rechts- und des Compliance-Risikos. Der Finanzvorstand überwacht das Marktpreisrisiko, das Liquiditäts- und Refinanzierungsrisiko sowie die operationellen Risiken.

Die Risiken der geschäftsstrategischen Ausrichtung und die Reputationsrisiken liegen im Verantwortungsbereich des Gesamtvorstands.

Risiko-Ausschüsse. Durch die Einrichtung spezifischer Ausschüsse (Ausschuss Zinsrisikopolitik, Kreditkomitee, Limitkomitee) zur Steuerung und Überwachung risikorelevanter Entscheidungen wird der Vorstand bei der Risikosteuerung und der Entscheidungsfindung unterstützt. Diese Ausschüsse sind sowohl für Grundsatzfragen als auch für die Entscheidung konkreter Einzeltransaktionen auf der Grundlage der vom Vorstand vorgegebenen Rahmenbedingungen zuständig.

Die Ausschüsse setzen sich aus Mitgliedern des Vorstandes sowie Vertretern der operativen Geschäftsfelder und Vertretern der zuständigen Zentralbereiche zusammen.

Risikomanagement. Der Bereich Risikomanagement ist verantwortlich für die Entwicklung, Umsetzung und Einhaltung der konzernweiten Standards für das Kreditgeschäft sowie für die Kreditportfoliosteuerung und die zur Bestimmung des Adressenausfallrisikos eingesetzten Ratingsysteme. Zu den wesentlichen Aufgaben des Risikomanagements zählen neben der Formulierung der Richtlinien zur Kreditanalyse und -entscheidung vor allem auch der gesamte Kreditgenehmigungsprozess mit der Ausübung eigener Kreditkompetenzen. Damit stellt der Bereich Risikomanagement die Marktfolgeeinheit im Sinne der aufsichtsrechtlichen Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) dar.

Die Betreuung von erhöht risikobehafteten Engagements sowie Sanierungs- und Abwicklungsfällen erfordert ein spezialisiertes Intensivbehandlungs-Know-how und ist deshalb in gesonderten Betreuungseinheiten innerhalb des Bereiches Risikomanagement angesiedelt. Vorrangiges Ziel dieser Sonderbetreuung ist es, durch eine enge Begleitung rechtzeitig tragfähige Maßnahmen zu ergreifen, um ein *going concern* der Unternehmen zu erreichen oder im Falle eines Scheiterns dieser Bemühungen den wirtschaftlichen Schaden deutlich zu reduzieren.

Für die Überwachung und Steuerung des Kreditrisikos wird das Risikomanagement in den jeweiligen Geschäftsfeldern durch Kreditmanagement- bzw. Transaktionsmanagement-Teams unterstützt, die als Teil der Markteinheiten definiert sind. Kreditentscheidungen werden – mit Ausnahme von durch die MaRisk zugelassenen Bagatellentscheidungen – seitens der Marktfolgeeinheit genehmigt, sofern sie nicht in die Kompetenz des Vorstands fallen.

Risiko-Controlling. Als von den Markteinheiten und dem Bereich Risikomanagement unabhängige Instanz ist das Controlling für die Überwachung der vom Vorstand vorgegebenen Risikopolitik, die interne und externe Risikoberichterstattung, die Kapitalplanung und -allokation sowie für die neutrale Überwachung der Kredit-, Markt- und Liquiditätsrisiken sowie des Geschäftsrisikos verantwortlich. Organisatorisch ist das Controlling in das Kreditrisikocontrolling, das Marktpreisrisikocontrolling, das Ergebniscontrolling und das Kapitalcontrolling untergliedert.

Dem Kreditrisikocontrolling obliegen die zeitnahe und kontinuierliche Überwachung, Analyse und Berichterstattung der Kreditrisiken auf Portfolioebene ebenso wie die permanente Weiterentwicklung und Validierung der für die Risikoquantifizierung und die Bonitätsbeurteilung eingesetzten Modelle. Ein weiterer Schwerpunkt ist die konzernweite Zusammenführung aller quantifizierbaren Risikoarten zu einer Gesamtrisikoposition sowie deren Integration in die permanente Risikotragfähigkeitsrechnung und -überwachung.

Zu den Kernaufgaben des Marktpreisrisikocontrollings gehört neben der täglichen Berechnung, Analyse und Berichterstattung aller Marktpreisrisiken und der Überwachung der vom Vorstand vorgegebenen Limite auch die Überprüfung der zur Bewertung von Finanzinstrumenten eingesetzten Modelle und Verfahren. Zudem obliegen dem Marktpreisrisikocontrolling die laufende Überwachung und Berichterstattung des bankweiten Aktiv-Passiv-Managements.

Das Ergebniscontrolling stellt durch monatlich erstellte Bestandsergebnis- und Neugeschäftsrechnungen die kontinuierliche Überwachung und Berichterstattung des Geschäftsrisikos sicher. Auf Basis detaillierter Finanzberichte werden zudem Abweichungen der Ertrags- und Vermögenslage von den Planwerten identifiziert und analysiert.

Dem Kapitalcontrolling obliegen die integrierte Kapitalplanung innerhalb der IKB-Gruppe unter Berücksichtigung regulatorischer und ökonomischer Aspekte sowie die Überwachung der Kapitalallokation in den einzelnen operativen Einheiten unter Ertrags- und Risikogesichtspunkten.

Operational Risk Management. Die Überwachung des operationellen Risikos obliegt dem Operational Risk Management. Hierzu gehört neben der Identifikation, Analyse und Berichterstattung auch die Festlegung der Methoden zur Messung des operationellen Risikos im IKB-Konzern. Unterstützt wird das zentrale Operational Risk Management von dezentralen Operational-Risk-Verantwortlichen in den Geschäftsfeldern und Zentralbereichen.

Revision. Die Revision ist als prozessunabhängiger Teil des Risikomanagement-Systems und der Internen Kontrollverfahren nach Maßgabe der „Mindestanforderungen an das Risikomanagement“ (MaRisk) organisiert. Sie arbeitet im Auftrag des Gesamtvorstands weisungsfrei als prozessunabhängige Instanz und berichtet unmittelbar an den Vorstand. Auf Basis prozessorientierter Prüfungen werden konzernweit grundsätzlich sämtliche Aktivitäten und Prozesse untersucht. Dabei erfolgt die Schwerpunkt-

setzung auf den besonders risikosensitiven, qualitativen Prozessen, den quantitativen Methoden sowie den EDV-technischen Abläufen des Kredit- und Handelsgeschäftes. Ein weiterer Schwerpunkt liegt in der einzelfallorientierten Kredit- und Geschäftsprüfung. In einem Jahresbericht informiert die Revision den Vorstand zusätzlich zu den Einzelprüfungsberichten über die wesentlichen und schwerwiegenden Revisionsfeststellungen und deren Bearbeitungsstände. Der für die Revision zuständige Vorstand unterrichtet wiederum den Aufsichtsrat regelmäßig über die aktuellen Entwicklungen und Ergebnisse.

Risikomanagement-Prozess

Risikotragfähigkeit. Basis unserer Risikosteuerung sind die Risikotragfähigkeit und der Einsatz unserer Kapitalressourcen unter dem Blickwinkel einer adäquaten Risiko-/Rendite-Relation. Im Rahmen unserer Steuerung stellen wir damit nicht nur sicher, dass die regulatorische Kapitalausstattung dauerhaft über der aufsichtsrechtlichen Mindestkapitalausstattung liegt, sondern dass wir für die einzelnen Risikoarten ausreichend ökonomisches Kapital vorhalten, um selbst Risiken abdecken zu können, deren Eintrittswahrscheinlichkeit extrem unerwartet ist.

Regulatorisches Kapital. Die regulatorische Kapitalbindung der einzelnen Geschäftsfelder wird auf Basis des von diesen nach den derzeit gültigen aufsichtsrechtlichen Bestimmungen gebundenen Kern- und Ergänzungskapitals ermittelt. Im Rahmen der Steuerung unseres regulatorischen Kapitals auf Gesamtbankenkebene orientieren wir uns an zwei Kenngrößen:

- Kernkapitalquote (Verhältnis aus Kernkapital zu den Risikopositionen)
- Gesamtkennziffer (Verhältnis aus Eigenmitteln zu den Risikopositionen).

Zur Sicherstellung einer angemessenen regulatorischen Eigenmittelausstattung werden die auf Basis unserer Mehrjahresplanung prognostizierten Kenngrößen regelmäßig mit den Ist-Quoten verglichen und künftige Entwicklungen prognostiziert. Bei Abweichungen entscheidet der Vorstand über einzuleitende Maßnahmen.

Ökonomisches Kapital. Das von uns auf Basis statistischer Simulationen und Stressszenarioanalysen ermittelte ökonomische Kapital dient zur Abdeckung extremer, unerwarteter Risiken unter Berücksichtigung von Risikodiversifikation und Portfolioeffekten. Um dem Anspruch des Kapitalmarktes im Hinblick auf unser Rating gerecht zu werden, legen wir bei unseren Berechnungen ein Konfidenzniveau von 99,96 % zugrunde. Dies bedeutet, dass die von uns simulierten unerwarteten Risiken in nur 0,04 % aller Fälle über der von uns gesetzten Grenze liegen dürfen. Dem mit dem Geschäftsbetrieb verbundenen „erwarteten Risiko“ tragen wir bereits durch die Planung und jährliche Zuführung zur Risikovorsorge Rechnung.

Wir berechnen das ökonomische Kapital für das Kreditrisiko, für die Marktpreisrisiken, die bei der IKB im Wesentlichen aus den Zinsänderungsrisiken des Bankbuches resultieren, sowie für das operationelle Risiko und das allgemeine Geschäftsrisiko. Für das Kredit-, Marktpreis- und Geschäftsrisiko bedienen wir uns bankeigener Modelle. Das operationelle Risiko quantifizieren wir nach einem aufsichtsrechtlich vorgegebenen vereinfachten Verfahren. Die Liquiditätsrisiken und strategischen Risiken unterliegen ebenfalls einer laufenden Überwachung bzw. Überprüfung, jedoch keiner Steuerung über Risikokapital. Hier erfolgt das Management über andere Steuerungsinstrumente (s. u.).

Das durch die einzelnen Risikoarten gebundene ökonomische Kapital wird sowohl im Rahmen des jährlichen Planungsprozesses als auch im Rahmen der

kontinuierlichen Überwachung und Berichterstattung an Vorstand und Aufsichtsrat durch das Risikoccontrolling ermittelt und mit den vom Vorstand verabschiedeten Limiten in den Steuerungs- und Reportinginstrumenten der Bank berücksichtigt. Die Limite für einzelne Risikoarten, Portfolien und Teilportfolien, Konzentrationsentwicklungen und einzelne Engagements sind ein wesentlicher Bestandteil unserer quantitativen Kontrolle und Berichterstattung. Damit stellen wir sicher, dass sich die Risiken aus dem laufenden Geschäft auch in Stresssituationen in dem vom Vorstand definierten Rahmen bewegen. Die laufende Verfeinerung unserer Messmethoden hilft uns, diese Form der Überwachung kontinuierlich zu verbessern.

Risikotragfähigkeitsanalyse. Im Rahmen unserer Risikotragfähigkeitsanalyse stellen wir dem erforderlichen ökonomischen Risikokapital die zur Verfügung stehende Risikodeckungsmasse gegenüber. Die Risikodeckungsmasse setzt sich im Wesentlichen aus den Kapitalkomponenten, nicht realisierten Bewertungspositionen sowie dem operativen Ergebnis vor Ertragsteuern zusammen. Damit bildet sie die Basis für eine Limitierung der einzelnen Risikoarten, mit der wir sicherstellen wollen, dass die IKB in der Lage ist, auch extrem „unerwartete“ Risiken abdecken zu können. Durch die zusätzliche Berücksichtigung von „Extrem-Stressszenarien“ auf Basis von Worst-Case-Parameterkonstellationen stellen wir zudem sicher, dass die zur Verfügung stehende Risikodeckungsmasse selbst derartige „Extrem-Stressszenarien“ abzudecken vermag.

Risikoarten. Die Risiken aus unseren Geschäftsaktivitäten unterliegen einem unabhängigen Kontrollprozess:

- Das **Adressenausfallrisiko** ist das Verlustrisiko infolge der Zahlungsunfähigkeit eines Schuldners oder einer Gegenpartei. Damit beinhaltet es auch das **Länderrisiko**, also mögliche Verluste durch Verschlechterung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, politische und soziale Unruhen, Verstaatlichungen und Enteignungen, staatliche

Nichtanerkennung von Auslandsschulden respektive Devisenkontrollen sowie Ab- oder Entwertung der Landeswährung.

- Als **Marktpreisrisiko** wird das Risiko von negativen ökonomischen Marktwertveränderungen bezeichnet, die durch Veränderungen von Marktparametern entstehen und damit Auswirkungen auf die Ertragslage haben. Bei der IKB resultieren diese im Wesentlichen aus den Zinsänderungsrisiken des Bankbuches.
- Das **Liquiditäts- und Refinanzierungsrisiko** ist das Risiko, dass die IKB nicht mehr in der Lage wäre, ihre Zahlungsverpflichtungen termingerecht zu erfüllen oder am Markt zu angemessenen Konditionen Refinanzierungsmittel aufzunehmen.
- **Operationelles Risiko** wird in der IKB verstanden als die Gefahr von Verlusten, die infolge einer Unzulänglichkeit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder infolge externer Ereignisse eintreten.
- Unter **Geschäftsrisiko** oder auch **Umfeld- und Branchenrisiken** verstehen wir unerwartete negative Veränderungen der Ertragslage durch deutlich verschlechterte Marktbedingungen, Veränderungen der Wettbewerbsposition oder des Kundenverhaltens sowie geänderte rechtliche Rahmenbedingungen.
- Das **Reputationsrisiko** ist die Gefahr von direkten oder indirekten Verlusten aufgrund von Vorfällen, die das Vertrauen in die Bank – sei es in der Öffentlichkeit, gegenüber Ratingagenturen, Aufsichtsbehörden, Investoren, Geschäftspartnern oder bei Mitarbeitern – mindern. In der Regel resultieren Reputationsrisiken aus einer der vorgenannten Risikoquellen und verstärken diese.
- Das **strategische Risiko** ist die Gefahr negativer Ergebnisentwicklungen aufgrund von Investitionsentscheidungen infolge bestehender oder künftiger geschäftspolitischer Grundsatzentscheidungen. Ebenso wie das Reputationsrisiko ist es nicht

direkt quantifizierbar und kann letztlich nicht unabhängig von den vorgenannten Risiken gesehen und kontrolliert werden.

Adressenausfallrisiko

Definition. Wir unterscheiden beim Adressenausfallrisiko das Kreditrisiko und das Kontrahentenrisiko. Ein Kreditrisiko liegt vor, wenn durch den Ausfall eines Vertragspartners die vertragskonforme Rückzahlung eines Kredites nicht oder nicht vollständig erfolgt. Das Kontrahentenrisiko umfasst bei der IKB neben dem Wiedereindeckungsverlust im Zusammenhang mit Zins- und Fremdwährungsderivaten, der sich bei Ausfall des Vertragspartners ergeben kann, auch das Emittenten- und das Erfüllungsrisiko. Das Emittentenrisiko spiegelt den potenziellen Verlust beim Ausfall des Emittenten eines von der IKB gehaltenen Wertpapiers wider, während das Erfüllungsrisiko das Risiko eines Nichtleistens des Kontrahenten nach Vorleistung der IKB im Rahmen des Settlementprozesses darstellt. Aufgrund der besonderen Bedeutung des Kreditgeschäftes als Kernprozess der Bank steht das Kreditrisiko im Mittelpunkt der Betrachtung.

Kreditrisikostrategie. Aufbauend auf der Kreditrisikokultur, der Risikotragfähigkeit, der Risikopolitik und dem Risikomanagementprozess setzt die Kreditrisikostrategie den Rahmen für die mittelfristige Ausrichtung des Kreditgeschäftes der IKB. Eine besondere Rolle spielt hierbei das Wachstum bei den unterschiedlichen Zielgruppen und Produkten, wobei die Begrenzung von Konzentrations- und Klumpenrisiken sowie die Portfoliosteuerung einen hohen Stellenwert einnehmen. Die in der Kreditrisikostrategie vorgegebenen Ziele werden durch entsprechende Leitlinien für das Management der Einzelkreditrisiken sowie der Portfoliorisiken operationalisiert. Diese Leitlinien finden im Einzelentscheidungsprozess Anwendung und sichern durch die Vorgabe und laufende Überwachung qualitativer und quantitativer Mindestanforderungen an die Qualität des Neugeschäfts die Einhaltung der Kreditrisikostrategie.

Bei der Steuerung und Überwachung der Adressenrisiken stützen wir uns maßgeblich auf folgende Elemente:

- risikopolitische Vorgaben im Rahmen der Neugeschäftsakquisition, festgelegt in den „Leitlinien zum Management von Einzelkreditrisiken“,
- einzelgeschäftlich orientierte Kreditgenehmigungen und -überwachungen,
- Portfolioüberwachung, -steuerung und -limitierung auf Basis der „Leitlinien zum Management von Portfoliorisiken“ und umfangreicher Portfolioanalysen sowie
- regelmäßige Prüfungen durch die Interne Revision.

Risikopolitische Vorgaben. Ausgangspunkt für den Risikomanagement-Prozess im Kreditgeschäft ist der gemeinsame Planungsprozess von Vorstand und Geschäftsfeldern mit Unterstützung der Bereiche Unternehmensentwicklung, Risikomanagement sowie Finanzen, Controlling und Steuern. Auf der Grundlage von Risikotragfähigkeit sowie Wachstums- und Ergebniszielen wird das Risiko explizit in die Planung einbezogen. Die abgeleiteten Zielgrößen umfassen somit nicht nur Neugeschäftsvolumen, Zins- und Provisionserträge sowie Sach- und Personalkosten, sondern auch Risiko- und Eigenkapitalkosten. Mit der Planung der Risikokosten wird auch die Bonitäts- und Besicherungsstruktur vereinbart, um nachhaltigen Einfluss auf das Neugeschäft, die Bestandsbetreuung und die Portfoliostruktur zu nehmen. Ein weiteres wesentliches Element ist die Limitierung von Geschäfts- und Produktarten, Branchen- und Auslandsanteilen sowie Einzel- und Unternehmensgruppenadressen.

Kreditgenehmigungsprozess und Einzelengagementüberwachung. Von herausragender Bedeutung ist im Kreditprozess die Kreditanalyse durch den von den Geschäftsfeldern unabhängigen Bereich Risikomanagement und damit die Trennung von Akquisition und Genehmigung (Markt und Marktfolge).

Alle Kreditentscheidungen – mit Ausnahme von Bagatellentscheidungen bei bereits bestehenden Kreditengagements – werden im Rahmen der Kompetenzregelung in Abhängigkeit von der Größenordnung des bestehenden Konzern-Kreditengagements, der Bonität des Kreditnehmers, der Besicherung, der Laufzeit und nicht zuletzt der bestehenden und geplanten Portfoliostruktur entweder zentral durch Kompetenzträger innerhalb des Bereiches Risikomanagement oder durch den Vorstand getroffen. Dabei ist das Vier-Augen-Prinzip stets gewahrt. Auch die danach folgende Kreditumsetzung und Vertragsabwicklung findet durch die vom Markt unabhängig agierenden juristischen Mitarbeiter des Bereiches Recht und Verträge statt.

Grundlage jeder Kreditentscheidung ist eine detaillierte Kreditanalyse, die alle für die Entscheidung relevanten Informationen aufzeigt, bewertet und in einer Entscheidungsvorlage nachvollziehbar dokumentiert.

In diesem Zusammenhang setzen wir zur Operationalisierung unserer Portfoliosteuerung im Entscheidungsprozess sowohl auf Einzelgeschäfts- als auch Engagementebene ein eigenentwickeltes Instrument – den „Portfolio Adviser“ – ein, der aus Kundenbonität, transaktionsspezifischen Merkmalen wie Laufzeit und Besicherung und portfoliobezogenen Kennzahlen verschiedene Risikofaktoren ermittelt. Dadurch können wir schon bei der Neugeschäftsakquisition wichtige Impulse im Rahmen der Portfoliosteuerung setzen. Gleichzeitig legen wir hohen Wert auf die Mobilität – also die Ausplatzierbarkeit – von Krediten, da die synthetische Verbrieferung von Kreditforderungen eine wichtige Rolle in unserer Portfoliosteuerung spielt.

Bestehende Kreditengagements werden alle zwölf Monate mit den dazugehörigen Prozessen und Genehmigungsverfahren analog zu den Neukreditentscheidungen behandelt und erneut entschieden. Darüber hinaus werden im Rahmen von Jahres-

gesprächen zwischen dem Risikomanagement und den Geschäftsfeldern die einzelnen Teilportfolien sowie wesentliche Einzelengagements im Hinblick auf deren Risikolage analysiert und Engagementsstrategien abgeleitet.

Ratingprozess und Ratingverfahren. Zentrales Element des gesamten Kreditprozesses ist die Bonitätsbeurteilung unserer Kunden und Investments. Dabei stellen wir bei der Auswahl unserer Geschäftspartner und Investments strenge Anforderungen an die Bonität und die Werthaltigkeit der Sicherstellung unserer Engagements. Entsprechende Kreditleitlinien operationalisieren diesen Qualitätsanspruch.

Zur Bonitätsbeurteilung verfügt die IKB über DV-gestützte, auf das jeweilige Kundensegment bzw. die spezifische Finanzierungsart zugeschnittene Ratingverfahren. Im Ergebnis werden bei jedem Verfahren die jeweils modellspezifischen Risikoparameter zusammengeführt und damit jedem Kunden eine Bonitätsklasse innerhalb einer 11-stufigen internen Skala von 1,0 (bestes Rating) in 0,5er Schritten bis 6,0 zugewiesen. Kalibriert wird diese Ratingskala mit der Höhe der Ausfallwahrscheinlichkeit auf der Grundlage statistischer Analysen historischer Ausfälle. Neben ihrer Funktion als Bonitätsbeurteilungsinstrument dienen unsere Ratingverfahren somit auch als Basis zur Ermittlung risikoadäquater und damit risikodifferenzierter Margen und sind unentbehrliche Grundlage für die Ermittlung des Ökonomischen Kapitals für das Kreditrisiko.

Im Geschäftsfeld *Firmenkunden* und – soweit sinnvoll – auch in den anderen Geschäftsfeldern setzen wir unser in den letzten Jahren kontinuierlich weiterentwickeltes „IKB-Mittelstandsrating“ ein. Zur Beurteilung der wirtschaftlichen Situation des Kreditnehmers auf Basis finanzwirtschaftlicher Kennziffern wird ein mathematisch-statistisches Verfahren eingesetzt. Die Beurteilung der individuellen Kunden- und Branchenmerkmale erfolgt auf Basis eines Expertensystems, das der Unternehmensgröße und jeweiligen Engagementsgröße mit einer zunehmenden Intensität qualitativer Informationen Rechnung

trägt. Die Kombination dieser beiden Ergebnisse sichert eine sehr hohe Güte und Trennschärfe des Ratings.

Den Besonderheiten der *Projekt- und Spezialfinanzierungen* wird durch spezielle Ratingverfahren Rechnung getragen. Da hier Höhe und Nachhaltigkeit des Cashflows zur Bedienung der während der Projektlaufzeit anfallenden Zins- und Tilgungszahlungen im Mittelpunkt stehen, werden von uns Modelle eingesetzt, die durch unterschiedliche Szenarien und Simulationen eine Aussage über die Schuldendienstfähigkeit ermöglichen. Ergänzt wird diese quantitative Beurteilung durch zusätzliche qualitative Einwertungen zu Sponsoren, Betreibern, Absatz- und Beschaffungsmärkten sowie Transaktionsspezifika. Für Akquisitionsfinanzierungen setzen wir ein auf Basis des „IKB-Mittelstandsratings“ weiterentwickeltes Ratingverfahren ein.

Unser im Rahmen der gewerblichen *Immobilienfinanzierung* eingesetztes Immobilien-Rating bewertet die Bonität auf Basis einer Vielzahl spezifischer Objektdaten und Investoreninformationen. Hierzu zählen nicht nur detaillierte Informationen zur Lage und Beschaffenheit des Objektes, sondern auch dezidierte Informationen zur Mieterstruktur und -bonität, zur individuellen Bonitätsbeurteilung des Investors im Hinblick auf Vermögen und Liquidität sowie zur Kapitaldienstfähigkeit des Objektes aus dem erwirtschafteten Cashflow.

Die Bestimmung der *Länderbonität* erfolgt anhand von Wirtschaftsdaten und Kennziffern über die ökonomische Entwicklung des Landes und seine Zahlungsfähigkeit in Verbindung mit einer qualitativen Bewertung der politischen und gesellschaftlichen Situation des Landes. Als Quellen dienen uns internationale Datenbanken, Länderberichte und andere externe Quellen.

Zur Einwertung des *Branchenrisikos* führt die IKB für rund 370 Branchen ebenfalls regelmäßig einen Ratingprozess durch. Dieser basiert auf einem ökonomischen Modell, das sowohl die makroökonomischen nationalen und internationalen Entwicklungen als auch Branchenzusammenhänge berücksichtigt. Hierbei wird explizit die tiefgehende Expertise unserer Branchenspezialisten der Volkswirtschaftlichen Abteilung genutzt.

Die bisher auf Basis der zur Verfügung stehenden Daten durchgeführten Validierungstests zeigen, dass unsere internen Ratingverfahren die Risiken zutreffend klassifizieren. Die hohe Trennschärfe führt zu einer besseren Risikoselektion und unterstützt damit unser Portfoliomanagement.

Quantifizierung des Kreditrisikos. Zur Quantifizierung dieses Risikos setzen wir ein eigenentwickeltes Modell ein, in das neben den Einzelkreditinformationen (Kreditbetrag, Besicherung, Laufzeit, Branchenzugehörigkeit, Konzernzugehörigkeit, Rating) eine Vielzahl von statistischen Größen wie z.B. Ausfallwahrscheinlichkeiten, Sicherheitenlösraten und Branchenkorrelationen eingehen, die auf bankinternen Erfahrungen oder externen Referenzgrößen basieren. Die dabei im Zentrum der Betrachtung stehende Verlustverteilung des Kreditportfolios wird in den „Erwarteten Verlust“ und in den „Unerwarteten Verlust“ unterteilt.

Der „Erwartete Verlust“ als statistischer Erwartungswert (auch als Standardrisikokosten bezeichnet) wird im Rahmen der in der Kreditkalkulation berücksichtigten Risikoprämie abgedeckt.

Die Größe „Unerwarteter Verlust“ (auch Credit Value at Risk) spiegelt das potenzielle Risiko wider, welches den „Erwarteten Verlust“ übersteigen kann. Die Abdeckung dieses Risikos ist im Rahmen unserer Risikotragfähigkeit durch das zugewiesene ökonomische Risikokapital sichergestellt.

Qualitätssicherung. Die zunehmende Integration von Ratings und mathematischen Modellen in den gesamten Kreditprozess und damit ihre Bedeutung für die Gesamtbanksteuerung stellt höchste Ansprüche an die Qualitätssicherung. Im Rahmen unserer Validierungs- und Benchmarkingprozesse werden sowohl die Systeme zur Bonitätsbeurteilung als auch die Genehmigungs-, Überwachungs- und Steuerungsprozesse im Kreditgeschäft regelmäßig auf den Prüfstand gestellt. Die hierbei gewonnenen Ergebnisse sind nicht nur Basis für die Weiterentwicklung des Kreditprozesses unter Berücksichtigung der bereits vorgeannten aufsichtsrechtlichen Anforderungen aus MaRisk und Basel II, sondern dienen auch zur Optimierung im Sinne unserer eigenen Ansprüche.

Portfolioüberwachung und -steuerung. Bei der Bestandsüberwachung steht die Betrachtung des gesamten Kreditportfolios im Mittelpunkt. Hierbei gilt es, die Begrenzung von Risikokonzentrationen in Einzelengagements, Ländern, Zielgruppen und Produkten durch eine angemessene Überwachung zu gewährleisten. Demzufolge nutzen wir auch Steuerungsinstrumente, die alle Kreditrisiken unter Berücksichtigung der jeweiligen Unternehmensgruppenzugehörigkeit zusammenführen und portfolioorientiert nach Ländern, Geschäftsfeldern, Ratingklassen und Branchen regelmäßig überwachen.

Durch die konsequente Umsetzung unserer risikopolitischen Leitlinien im Neugeschäft, den Einsatz von Kreditverbriefungen zum Transfer von Kreditrisiken und die in den letzten Jahren beobachtete wirtschaftliche Erholung im deutschen Mittelstand hat sich die Bonitätsstruktur unseres Kreditportfolios in den letzten Jahren sukzessive verbessert.

Die zeitnahe Beobachtung von Branchen- und Marktveränderungen erfolgt durch den Bereich Volkswirtschaft. Dessen umfangreiches Branchen-Know-how ist wichtiger Bestandteil der im Rahmen unserer Risikosteuerung durchgeführten Clusteranalysen, mit denen wir das Ziel verfolgen, die Sektorrisiken unter Berücksichtigung der von uns erwarteten Entwicklungen möglichst frühzeitig zu erkennen und zu limitieren.

Ausgangspunkt für die Festlegung von Konzentrationslimiten, die sich an den geschäftspolitischen Zielgrößen und den risikopolitischen Leitlinien orientieren, ist die regelmäßige Überprüfung durch das Limitkomitee, welches sich aus Vertretern des Risikomanagements, der volkswirtschaftlichen Abteilung, des Kreditrisikocontrollings und der Geschäftsfelder zusammensetzt. Auf Basis der bestehenden Strukturen, der historischen Performance und Risikoquantifizierung des Kreditportfolios sowie deren Veränderung im Zeitablauf, verbunden mit den identifizierten Branchenrisiken und Konjunkturfaktoren auf die einzelnen Wirtschaftszweige, werden Volumens- und Risikobeitragslimite auf den verschiedenen Portfolioebenen festgelegt. Zusätzlich werden Obergrenzen für Einzelkredite bzw. Kredite an Unternehmensgruppen festgelegt, um Konzentrationsrisiken zu vermeiden.

Dieses Vorgehen sichert in Verbindung mit den von der IKB durchgeführten Risikoausplatzierungsmaßnahmen eine hohe Diversifikation und Granularität des Kreditportfolios, sodass mögliche Auswirkungen von einzelnen Branchenrezessionen auf ein Minimum reduziert werden.

Bei allen Ländern wird das Gesamtengagement durch Länderrisikolimiten begrenzt. Somit können Geschäfte, die ein Länderrisiko beinhalten, nur bewilligt werden, wenn sie innerhalb des Länderrisikolimits Platz finden, selbst wenn die betreffenden Kunden über eine gute oder sehr gute Unternehmensbonität

verfügen. Die Limite werden vom Limitkomitee festgelegt und gelten für alle Geschäfte in diesen Ländern. Die Ausnutzung der festgelegten Limite wird mittels eines zeitnahen Reportingsystems überwacht und regelmäßig berichtet.

Um den Diversifikationsgrad unserer Kreditaktiva und gleichzeitig die Ertragsstärke unseres Portfolios weiter zu verbessern, investiert die IKB zusätzlich in verbrieft internationale Kreditportfolios. Bei diesen Investments handelt es sich um Anlagen in breit diversifizierte Portfolios verschiedenster Assetklassen, fast ausschließlich im hohen Investmentgrade-Bereich geratet.

Sicherheiten, Risikoausplatzierungen und Verbriefungen. Für das traditionelle langfristige Kreditgeschäft der IKB hat die Absicherung durch klassische Sicherheiten (Grundpfandrechte, Sicherungsübereignungen und Bürgschaften) nach wie vor einen sehr hohen Stellenwert. Unabhängig von anstehenden Entscheidungen werden die Wertansätze der einzelnen Sicherheiten kontinuierlich überprüft und aktualisiert.

Unterstützt wird die Risikominderung mittels Sicherheiten durch portfolioorientierte Risikoausplatzierung im Wege der Einzelengagementsausplatzierung in Form von Konsortialgeschäften und der Ausplatzierung mittels Verbriefungen.

Die IKB gehört zu den führenden Emittenten im Bereich der Verbriefung von Forderungen gegenüber mittelständischen Unternehmen in Deutschland. Ergänzt wird dies durch die Verbriefung von internationalen „strukturierten Finanzierungen“ und Immobilienfinanzierungen. Wir nutzen diese Form der Ausplatzierung zur gezielten Portfoliosteuerung, um Risikokonzentrationen zu vermeiden und die aufsichtsrechtliche Eigenkapitalbelegung zu optimieren.

Die ausplatzierten in- und ausländischen Kreditengagements wurden synthetisch am Kapitalmarkt platziert, d. h. wir sind risikomäßig gegen die Adressrisiken aus diesen Engagements abgesichert, obwohl sie nach wie vor in unserer Bilanz ausgewiesen und weiterhin von uns betreut werden.

Identifikation und Betreuung ausfallgefährdeter Engagements. Alle kreditrisikobehafteten Positionen werden ständig überwacht. Dies erlaubt der Bank eine aktuelle Beurteilung der Kreditnehmerbonitäten und damit der Risikostruktur des Kreditportfolios. Zur Unterstützung unseres Risikofrüherkennungsprozesses nutzen wir ein DV-gestütztes Risikofrüherkennungssystem, um durch Mustererkennung noch früher geeignete Maßnahmen einleiten zu können.

Die Betreuung von ausfallgefährdeten Engagements erfolgt in spezialisierten Betreuungseinheiten. Ziel dieser Sonderbetreuung ist es, durch eine enge Begleitung rechtzeitig tragfähige Maßnahmen zu ergreifen, um die Überlebensfähigkeit der Unternehmen zu erreichen oder im Falle eines Scheiterns dieser Bemühungen den wirtschaftlichen Schaden deutlich zu reduzieren.

Einen besonderen Fokus legen wir auf sogenannte *Non Performing Loans*. Wir stufen eine Forderung als *non performing* ein, wenn ein Insolvenzverfahren eröffnet wurde, wenn Zinsen oder Kapitalrückzahlungen mehr als 90 aufeinanderfolgende Tage in Verzug sind oder wenn andere eindeutige Hinweise bestehen, dass der Schuldner seinen vertraglichen Verpflichtungen nicht nachkommen kann und es an objektiven Hinweisen darauf fehlt, dass sie durch spätere Zahlungen oder die Verwertung von Sicherheiten eingebracht werden können. Dabei berücksichtigen wir den Liquidationswert der verfügbaren Sicherheiten.

Risikovorsorge. Bei der Bemessung der erforderlichen Wertberichtigung berücksichtigen wir sowohl die Erwartungen hinsichtlich der zukünftigen Cashflows als auch den Wert der jeweiligen Besicherung. Verantwortlich für die Festsetzung der Wertberichtigungen ist das Risikomanagement, das jeden Fall einzeln beurteilt, indem es die Sanierungsstrategie bestimmt und die Schätzung der zukünftig erzielbaren Zahlungseingänge vornimmt.

Wir analysieren zudem unsere Forderungen auf das Bestehen einer latenten Wertminderung. Für Portfolios, die ähnliche Kreditrisikomerkmale aufweisen, wird auf pauschaler Basis eine Risikovorsorge gebildet, wenn es objektive Hinweise darauf gibt, dass gefährdete Forderungen enthalten sind, die sich aber im Einzelnen noch nicht ermitteln lassen.

Der konsequente Abbau von Problemengagements in Verbindung mit der sich weiter belebenden Konjunktur hat im Berichtszeitraum auch zu einer spürbaren Entspannung bei der Risikosituation geführt. Insgesamt ist der Risikovorsorgesaldo um 44 % auf 270 Mio. € zurückgegangen.

Liquiditätsrisiko und Marktpreisrisiko

Liquiditätsrisiko. Beim Liquiditätsrisiko unterscheiden wir zwischen dem Risiko, die gegenwärtigen oder zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nicht zeitnah oder vollständig erfüllen zu können, und dem Risiko, erforderliche Refinanzierungsmittel nur zu erhöhten Marktkonditionen beschaffen zu können.

Um die jederzeitige Zahlungsfähigkeit im Rahmen eines professionellen Liquiditätsmanagements zu gewährleisten, werden regelmäßige Liquiditätsanalysen und Cashflow-Prognosen erstellt. Zur Sicherung ausreichender Liquidität halten wir zudem, über das für den Geschäftsbetrieb notwendige Maß hinaus, börsengängige, zinsvariable Wertpapiere, die jederzeit veräußert oder beliehen werden können. Damit sind kurzfristige Liquiditätsrisiken ausgeschaltet. Diese Liquiditätssteuerung findet unter Einhaltung der externen Rahmenbedingungen (Grundsatz II) statt. Im Übrigen ist es unser Anliegen, durch eine weitgehend laufzeitkongruente Refinanzierung der Aktiva Liquiditätsrisiken bereits im Ansatz zu vermeiden.

Der langfristige Refinanzierungsbedarf wird in einem abgestimmten Prozess zwischen dem Treasury und dem Bereich Finanzen, Controlling und Steuern auf Basis unserer erwarteten Geschäftsentwicklung ermittelt und regelmäßig aktualisiert. Die daraus abgeleiteten Refinanzierungsanforderungen werden so erfüllt, dass eine ausgewogene Fristigkeitsstruktur unserer Aktiva und Passiva gewährleistet ist. Aufgrund unserer breiten Refinanzierungsbasis und Platzierungskraft am Kapitalmarkt sind wir sicher, auch in schwierigen Marktphasen eine angemessene Refinanzierung des gesamten Aktivgeschäfts hinsichtlich der erforderlichen Fristigkeit und Konditionen beschaffen zu können.

Marktpreisrisiko. Unter Marktpreisrisiko verstehen wir Zins-, Volatilitäts-, Währungs- sowie Preisänderungsrisiken für Aktien und andere Vermögensgegenstände. Die Steuerung dieser Risiken im Rahmen des Risikomanagement-Prozesses erfolgt konform zu den „Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk)“.

Limitsystem. Das Kernstück der Steuerung der Marktpreisrisiken ist die tägliche Berichterstattung an den Vorstand in Verbindung mit einem differenzierten Limitsystem, das primär auf eine marktwertorientierte Begrenzung der Zins-, Options-, Aktien- und Wechselkursrisiken ausgerichtet ist. Basierend auf der Risikotragfähigkeit der Bank werden die Limite für den Bereich Treasury vom Vorstand festgelegt. Auf Basis dieses Limitsystems und unter Beachtung der in unseren Rahmenbedingungen festgelegten Regeln setzt das Treasury seine Markterwartungen in Anlage- und Refinanzierungsstrategien um.

Die IKB unterscheidet die Portfolien Eigenhandel, Eigenmittelanlage und Refinanzierung des Aktivgeschäfts, wobei die Eigenmittelanlage in zwei getrennten Einzelportfolien (Fixed Income Fonds und Investmentportfolio) geführt wird. Diese Portfolien werden hinsichtlich der Marktpreisrisiken täglich bewertet. Ihr Risikogehalt wird in einem barwertorientierten Value-at-Risk-System gemessen, welches die Grundlage für die Limitierung der Marktpreisrisiken darstellt. Das Limitsystem besteht aus einer Kombination von Performance- und Value-at-Risk-Limiten für die unterschiedlichen Szenarien und orientiert sich hinsichtlich der Limithöhe strikt an der Risikotragfähigkeit der Bank.

Quantifizierung des Marktpreisrisikos. Zur Quantifizierung des Zinsänderungsrisikos setzen wir verschiedene mathematische Modelle ein. Den Risikogehalt der wesentlichen Positionen ermitteln wir mittels historischer Simulation. Um den spezifischen Besonderheiten aller Produkte gerecht zu werden, findet bei der historischen Simulation eine Neubewertung der Instrumente auf Basis beobachteter

Zinskurvenänderungen unter Berücksichtigung von Korrelationseffekten statt. Währungsrisiken sind im Gesamtbestand nicht nennenswert und werden mit einem Volumenslimit für die offene Devisenposition begrenzt.

Risikomessung im Eigenhandel. Grundlage für die Berechnung der Höhe des Zinsänderungsrisikos ist ein Value-at-Risk-Modell auf Basis des Varianz-Kovarianz-Ansatzes bei Anwendung eines Konfidenzniveaus von 95 % und einer Haltedauer von 10 Tagen. Es wird eine Risikomessung unter Berücksichtigung eines historischen Zeitraumes von 510 bzw. 60 Tagen durchgeführt, für das Risikoreporting ist jeweils der sich aus der Risikomessung ergebende höhere Value-at-Risk-Wert relevant. Darüber hinaus wird das Risiko für Stressszenarien berechnet, die sich aus der historischen Zinsentwicklung ableiten. Bei Optionen verwendet die IKB einen im System Kondor+ implementierten Szenario-Matrix-Ansatz, um Zinsänderungs- und Zinsvolatilitätsrisiken zu berücksichtigen. Das Aktienkursrisiko wird nach dem Standardverfahren gemäß Grundsatz I KWG ermittelt.

Risikomessung im Fixed Income Fonds und im Investment Portfolio. In diesen beiden Portfolien übernimmt die Bank im Wesentlichen Zinsänderungs- und Volatilitätsrisiken. Aktien- und Währungsrisiken spielen eine untergeordnete Rolle. Dabei wird zur Risikomessung in erster Linie eine historische Simulation eingesetzt. Für die im Rahmen des Fixed Income Fonds zwecks Optimierung des Zinsergebnisses angelegten langfristigen Eigenmittel werden entsprechende Laufzeitannahmen und Verzinsungen bei der Risikoquantifizierung berücksichtigt. Für den Value at Risk im Rahmen von Stress-Tests nutzen wir eine Spiegelung der Simulationsparameter zur Verdoppelung der Anzahl der Simulationen. Auch die Laufzeitannahme für die im Fixed Income Fonds angelegten Eigenmittel bleibt für die Stresstest-Analyse unberücksichtigt.

Risikomessung in der Kreditrefinanzierung. Zur Ermittlung der Währungs- und Zinsänderungsrisiken in der Kreditrefinanzierung nutzt die IKB die abgezinsten Salden der Zinsbindungsbilanz, über die dann ebenfalls im Rahmen der historischen Simulation das Risiko ermittelt wird.

Aggregation der Risikomesszahlen. Bei der Risikoaggregation werden die Risiken des Handelsbuchs und des Bankbuchs berücksichtigt. Die Aggregation der Risikomaße erfolgt durch Addition der in den Subportfolien ermittelten Value-at-Risk-Kennziffern, die somit eine vollständige Korrelation der Ergebnisse unterstellt. Diese konservative Vorgehensweise führt eher zu einer Überschätzung des Risikos.

Qualitätssicherung. Um die Vorhersagekraft unserer Modelle zu prüfen, führen wir ein regelmäßiges Backtesting durch. Die Ergebnisse werden dem Vorstand berichtet. Unser Backtesting zeigt, dass die täglich eingetretenen Ergebnisveränderungen im Eigenhandel, in der Eigenmittelanlage und der Kreditrefinanzierung durch unsere Value-at-Risk-Berechnungen zutreffend abgebildet werden.

Reporting und Berichterstattung. Zur Überwachung der Marktpreisrisiken und zur Unterstützung des Marktpreisrisikomanagements werden die zuständigen Vorstände und das Treasury täglich umfassend über die Ergebnis- und Risikolage der oben genannten Portfolien informiert. Einmal im Monat berichtet das für den Bereich Finanzen, Controlling und Steuern zuständige Vorstandsmitglied im Gesamtvorstand dezidiert über die Marktentwicklung, die Ergebnisse und die Risikosituation dieser Positionen. In diesem Zusammenhang werden auch die vom Bereich Volkswirtschaft vorgestellten Fundamental-Rahmenbedingungen und die Zinseinschätzung vorgestellt und gemeinsam mit den Vertretern der Bereiche Treasury sowie Finanzen, Controlling und Steuern im Hinblick auf ihre Auswirkungen analysiert.

Operationelle Risiken und Reputationsrisiken

Operationelle Risiken spiegeln die Gefahr eines Verlusts wider, der infolge eines Mangels oder Versagens von internen Prozessen, Menschen und Systemen oder aufgrund von externen, außerhalb der Einfluss-sphäre der Bank liegenden Ereignissen eintritt, unabhängig davon, ob absichtlich oder zufällig herbeigeführt oder natürlichen Ursprungs.

Management der operationellen Risiken. Koordiniert und überwacht wird das Management der operationellen Risiken vom Operational Risk Management (ORM), das direkt dem Vorstand unterstellt ist. Dem ORM obliegen auch die konzernweite Schadenspotenzialanalyse und die Entwicklung konzernweiter OpRisk-Schulungskonzepte.

Das operative Management selbst liegt im Verantwortungsbereich der einzelnen Geschäftsfelder und der zentralen Bereiche. Dabei liegt der Schwerpunkt nicht nur auf der regelmäßigen Analyse und Identifikation der Schwachstellen und Optimierungsansätze aller geschäftlichen Abläufe und Prozesse, sondern auch auf dem Ausbau der Sicherheitsorganisation und der Anpassung der zugrunde liegenden Prozesse, um der zunehmenden Komplexität und Internationalisierung in der IKB Rechnung zu tragen. Hierzu werden unter der Leitung des ORM jährlich Business-Impact-Analysen durchgeführt, die nicht nur die spezifischen Risikoprofile der einzelnen Geschäftsfelder und Bereiche widerspiegeln, sondern hierüber auch Risikopotenziale deutlich hervorheben.

Alle Geschäftseinheiten sind verpflichtet, eingetretene oder beinahe eingetretene Schadensfälle an das Operational Risk Management zu melden, das alle Schadensfälle in einer zentralen Schadensfalldatenbank zusammenführt. Sofern operationelle Risiken eintreten, analysieren wir ihre Ursachen sowie die Auswirkungen auf unsere Kontrollgrundsätze.

Zum Verantwortungsbereich des Operational Risk Management gehört auch das Notfallmanagement, das auf Basis regelmäßiger Business-Impact-Analysen auf dem neuesten Stand gehalten wird. Um eine unternehmensweite Transparenz zu gewährleisten, erfolgt die Darstellung aller Notfallpläne sowohl in umfassender Form in unserem Intranet als auch in schriftlicher Form in Notfallmanagement-Handbüchern.

Die Qualität der Notfallpläne wird durch regelmäßige Notfalltests in allen Bereichen sichergestellt.

Im Rahmen der bisher durchgeführten Risiko-bestandsaufnahmen haben wir festgestellt, dass der Bank aus den operationellen Risikofeldern keine übermäßigen Risiken drohen. Für alle identifizierten Risiken sind Maßnahmen zu ihrer Vermeidung und Möglichkeiten zur Früherkennung von Fehlentwicklungen sowie Notfallvorkehrungen vorhanden. Soweit erforderlich, sind entsprechende Versicherungen abgeschlossen.

Rechtsrisiken. Unter die operationellen Risiken subsumieren wir auch das Rechtsrisiko, also das Risiko von Verlusten durch neue gesetzliche Regelungen und für die Bank nachteilige Änderungen oder Auslegungen (z.B. höchstrichterliche Entscheidungen) bestehender gesetzlicher Regelungen. Die Begrenzung der Rechtsrisiken ist Aufgabe unserer Rechtsabteilung, die sich – wo erforderlich – auch der Unterstützung externer Anwaltskanzleien bedient. Alle Vertragsmuster werden kontinuierlich daraufhin überprüft, ob Anpassungen aufgrund von gesetzgeberischen Änderungen oder Rechtsprechungen erforderlich sind.

IT-Risiken. Im Bereich der IT-Risiken liegen die Schwerpunkte in Maßnahmen zur Weiterentwicklung unseres Notfallmanagements, der Sicherheit der DV-Systeme sowie der Sicherheit des Datenbestandes. Hierzu gehörten u. a. die Einführung und Umsetzung eines einheitlichen Sicherheitsstandards (ISO17799 „Management der Informationssicherheit“ und ISO 27001 „Information technology – Security techniques – Information security management systems – Requirements“), die Einführung neuer Technologien im Rahmen unserer Weiterentwicklung der System- und Netzwerksicherheit zur Abwehr zunehmender externer Bedrohungen und zur Erfüllung der gestiegenen Anforderungen an die Mobilität und Verfügbarkeit von IT-Systemen und der Ausbau von Backup-Systemen, durch die wir das operationelle Risiko unserer Kommunikations-, DV- und Abwicklungssysteme weiter minimieren konnten. Gleichzeitig bilden wir in diesen Bereichen unsere Mitarbeiter kontinuierlich weiter, um auch von dieser Seite allen Anforderungen gerecht zu werden. Die Umsetzung eines angemessenen Managementsystems für Informationssicherheit in der IKB wurde im vergangenen Geschäftsjahr vom TÜV Rheinland zertifiziert.

Unterstützt werden alle diese Maßnahmen durch regelmäßige Prüfungen und Notfallübungen. Mit diesen Maßnahmen haben wir allen nennenswerten Risiken Rechnung getragen.

Compliance-Risiken. Gerade im Finanzsektor gelten sehr strenge gesetzliche Vorschriften. Wir haben darüber hinaus ergänzende Regelungen aufgestellt, die sicherstellen sollen, dass das Verhalten der Mitarbeiter stets korrekt und im Einklang mit den jeweiligen Gesetzen ist. Vor allem gilt es zu verhindern, dass Interessenkonflikte entstehen sowie Marktmanipulationen und Insiderhandel stattfinden können. Mit dem Code of Conduct der IKB haben wir einen Verhaltenskodex formuliert, der die Wertvorstellungen und Überzeugungen der IKB abbildet.

Die im Code of Conduct der IKB benannten Grundsätze enthalten die Anforderungen an das Verhalten aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an sämtlichen Standorten des IKB-Konzerns. Sie bilden den verbindlichen Orientierungsrahmen für unser Tagesgeschäft, damit wir auch weiterhin so erfolgreich arbeiten können wie bislang.

Personalrisiken. Das Management der Personalrisiken liegt in der Verantwortung der operativen Einheiten in Zusammenarbeit mit dem Personalbereich. Hierzu gehört nicht nur die Notwendigkeit einer angemessenen Personalausstattung zur Umsetzung der betrieblichen und strategischen Erfordernisse, sondern auch die Aufrechterhaltung der erforderlichen Kenntnisse und Erfahrungen der Mitarbeiter, die sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben und Verantwortlichkeiten benötigen. Die IKB setzt zu diesem Zweck ein umfassendes und kontinuierliches Aus- und Weiterbildungsmanagement ein, um das hohe Qualifikationsniveau der Mitarbeiter aufrechtzuerhalten. Um dem Abwanderungs-/Abwesenheitsrisiko Rechnung zu tragen, dass es zu nachhaltigen Störungen des Betriebsablaufes aufgrund der Abwesenheit oder des Ausscheidens von Mitarbeitern kommt, bestehen in der IKB eindeutige Vertretungsregelungen und Funktionssicherstellungen, die regelmäßig überprüft und gegebenenfalls angepasst werden.

Reputationsrisiken. Reputationsrisiken sind die Gefahr von Verlusten, sinkenden Erträgen oder einem verringerten Unternehmenswert aufgrund einer Verschlechterung des Ansehens der Bank in der Öffentlichkeit, vor allem bei Kunden, Anteilseignern, Ratingagenturen oder Mitarbeitern. Reputationsrisiken resultieren häufig aus anderen Risikoarten und verstärken diese aufgrund deren Öffentlichkeitswirkung.

Aus diesem Grund werden alle Maßnahmen und Umstände, die dazu führen können, das Vertrauen in die und das Ansehen der IKB zu mindern, aufmerksam im Bereich Unternehmensentwicklung und Kommunikation (Investor Relations und Öffentlich-

keitsarbeit) identifiziert, in enger Abstimmung mit dem Vorstand bewertet und daraus erforderliche Maßnahmen abgeleitet. Davon unabhängig tragen aber auch alle Unternehmensbereiche im Rahmen ihrer Geschäftsaktivitäten die unmittelbare Verantwortung für Reputationsrisiken, die aus ihrer jeweiligen Tätigkeit resultieren.

Letztlich unterliegen damit alle geschäftspolitischen Maßnahmen und Aktivitäten auch immer im Hinblick auf ihre Außenwirkung einer zentralen wie dezentralen sorgfältigen Prüfung.

Strategische Risiken

Strategische Risiken betreffen die Gefährdung der langfristigen Erfolgsposition der Bank. Diese können durch Veränderungen im rechtlichen oder gesellschaftlichen Umfeld erfolgen, aber auch vonseiten der Markt- und Wettbewerbsbedingungen unserer Kunden oder Refinanzierungspartner ausgehen.

Da es für strategische Risiken keine Regelmäßigkeiten gibt, sind sie als Spezialrisiken in einem integrierten System schwer fassbar. Sie stehen deshalb unter besonderer Beobachtung des Vorstands und des Bereiches Unternehmensentwicklung und werden kontinuierlich analysiert. Hierzu gehören auch die regelmäßige Überprüfung der Geschäftsfieldstrategien im Rahmen des strategischen Planungsprozesses sowie die daraus resultierende Durchführung strategischer Initiativen und Investitionen.

Die IKB betreibt ein ganzheitliches Risiko- und Chancenmanagement. Das frühzeitige Erkennen, Beurteilen und Managen von Risiken und Chancen ist ein integraler Bestandteil der konzernweiten Planungs-, Steuerungs- und Kontrollsysteme. Zur Erreichung ihrer Ziele nutzt die IKB dabei konsequent die sich in den Märkten ergebenden Chancen unter Berücksichtigung der damit verbundenen Risiken.

Entsprechend den risikopolitischen Grundsätzen werden Risiken nur kontrolliert eingegangen und nur dann, wenn ein entsprechender Mehrwert zu erwarten ist. Als integriertes Reporting- und Planungsinstrument setzt die IKB hierzu die Balanced Scorecard ein, mittels der für die fünf Balanced Scorecard-Perspektiven „Finanzen“, „Portfolio“, „Kunden/Markt“, „Prozesse“ und „Mitarbeiter“ Ziele und strategische Maßnahmen formuliert und die Zielerreichung gemessen wird. Die in der Balanced Scorecard abgebildeten strategischen Inhalte und operativen Maßnahmen werden im Zuge des strategischen Planungsprozesses der Gesamtbank und einzelnen Markteinheiten/Zentralbereiche in einem jährlichen Turnus entsprechend der Entwicklung in der Branche und der aktuellen IKB-Ausrichtung überprüft und gegebenenfalls angepasst. Der Grad der Zielerreichung der BSC-Ziele wird regelmäßig an den Vorstand berichtet.

Der IKB ist es gelungen, ihre Strategie als Langfristfinanzierer des erfolgreichen Mittelstands und als aktiver Portfoliomanager konsequent und erfolgreich zu verfolgen, sodass sich aus der aktuellen Wettbewerbsstruktur sowie aus den rechtlichen, gesetzlichen und steuerlichen Grundlagen aus unserer Sicht gegenwärtig keine nennenswerten strategischen Risiken ergeben.

Geschäftsrisiko

Das Geschäftsrisiko umfasst das Risiko negativer Planabweichungen der Erträge in Form von Provisionen und Zinsen und der Aufwendungen.

Das operative Management des Geschäftsrisikos – also der Gefahr einer negativen Veränderung der Ertragslage innerhalb der mit dem Vorstand vereinbarten Geschäftsstrategien – liegt in der Verantwor-

tung jedes einzelnen Geschäftsfeldes und Zentralbereiches. Das im Bereich Finanzen, Controlling und Steuern angesiedelte Ergebniscontrolling hat die Aufgabe, die unterjährige Erlös- und Kostenentwicklung durch kontinuierliche Plan-Ist-Vergleiche nachzuhalten und monatlich an den Vorstand und die Geschäftsfelder zu berichten.

Die Quantifizierung des Geschäftsrisikos für die Risikotragfähigkeit erfolgt mittels eines Modells auf Basis der statistisch ermittelten Kosten- und Erlösvolatilitäten, das die historischen Abweichungen des tatsächlichen Provisions- und Zinsergebnisses und der Kosten von den Planwerten errechnet. Analog der Vorgehensweise bei den anderen Risikoarten wird auch hier ein Konfidenzniveau von 99,96 % zugrunde gelegt. Das hierdurch gebundene ökonomische Kapital wird im Rahmen der regelmäßigen Risikotragfähigkeitsanalyse berücksichtigt.

Risikoreporting und Risikokommunikation

Um Risiken frühzeitig zu erkennen, zu analysieren und zu kontrollieren, werden alle relevanten Informationen aus den Handels- und Kreditgeschäften, aus den Bereichen Risikomanagement, Finanzen, Controlling und Steuern sowie Personal und den übrigen Bereichen mindestens einmal im Monat detailliert aufbereitet, analysiert und dem Vorstand bzw. den Geschäftsfeldleitungen vorgelegt und erläutert. Zusätzlich erhalten auch der Aufsichtsrat sowie die Aufsichtsbehörden mindestens vierteljährlich eine umfassende Risikoberichterstattung.

Der Kreditrisiko-Report enthält alle wesentlichen Informationen zur Gesamtrisikoposition im Konzern und stellt dezidiert die das Kreditrisiko umfassenden Informationen dar. Insbesondere wird hierbei neben der strukturellen Entwicklung des Portfolios (Bonitäten, Besicherung, Laufzeiten, Branchen- und Länderdiversifikation) auch die Entwicklung der gefähr-

deten bzw. notleidenden Forderungen und die Risikovorsorge zeitnah und umfassend dargestellt. Ergänzt werden diese Darstellungen um Portfoliokonzentrationen unter Berücksichtigung von Konzernverflechtungen bei den Kreditnehmern. Der Report enthält neben der Darstellung und Kommentierung besonderer Engagements und Entwicklungen auch eine Darstellung aller einzelnen Risikoarten und ihrer Quantifizierung zur Überwachung der Risikotragfähigkeit auch unter Stress-Annahmen sowie die Auslastung aller ökonomischen Kapitallimite.

Die Ergebnis- und Risikozahlen des Kreditgeschäftes werden regelmäßig und zeitnah mit den Planungs- und Zielgrößen abgeglichen und an den Vorstand sowie die Geschäftsfeldleitungen berichtet, um bei Abweichungen frühzeitig gegensteuern zu können. Damit stehen allen Geschäftsfeldern und Zentralbereichen die für sie notwendigen Informationen zeitnah und umfassend zur Verfügung.

Neben der täglichen Limitüberwachung und -berichterstattung werden im Rahmen des Marktpreisrisiko-Reportings vom Risikocontrolling in einem Risiko-report für die zuständigen Vorstände, das Treasury und andere beteiligte Bereiche täglich die Bewertung der Positionen sowie das aufgelaufene und risikolose erzielbare Zinsergebnis aus der Refinanzierung des Aktivgeschäftes und der Eigenmittelanlage dargestellt. Dieser Report enthält auch einen Ausweis des barwertigen Risikos unter Stress-Annahmen sowie die Auslastung der verschiedenen Marktpreislimate und Kommentierungen über besondere Entwicklungen.

Über die operationellen Risiken sowie einzelne Schäden und deren Verteilung auf die einzelnen Geschäftseinheiten wird der Vorstand durch das Operational Risk Management informiert.

Gesamtaussage zur Risikosituation und Ausblick

Gesamtaussage zur Risikosituation. Die im Rahmen der Risikoüberwachung und -steuerung eingesetzten Methoden, Messsysteme und Prozesse sind nicht nur geeignet, Risiken frühzeitig zu identifizieren und adäquat abzubilden, sondern stellen auch eine fundierte Grundlage für das professionelle Risikomanagement der IKB dar.

Insgesamt verfügt die IKB mit Blick auf die zur Verfügung stehende Risikodeckungsmasse über ausreichenden Freiraum für das weitere strategische Wachstum. Die Risikotragfähigkeitsüberwachung zeigt, dass selbst extrem unerwartete Risiken unter Worst-Case-Annahmen von der Risikodeckungsmasse abgedeckt sind. Die Entwicklung beeinträchtigende oder das Rating gefährdende Risiken aus den einzelnen Risikoarten waren und sind nicht erkennbar.

Die Kreditrisikostategie wurde auch im Geschäftsjahr 2006/07 der jährlichen Überprüfung unterzogen und – wo es erforderlich war – basierend auf der strategischen Ausrichtung im Kreditgeschäft angepasst. Damit setzen wir die zukunftsorientierte Ausrichtung unseres Kreditportfolios auf Basis der Kreditrisikostategie konsequent fort und setzen klare Impulse für die weitere Entwicklung des Kreditportfolios in unseren Kerngeschäften. Die Risikobegrenzung durch Diversifikation im Rahmen unserer Verbriefungsaktivitäten haben wir konsequent fortgesetzt.

Im Bereich des Managements der operationellen Risiken wurden im letzten Jahr die OpRisk-Strategie überarbeitet und konzernweit eingeführt sowie die Meldewege vereinheitlicht und mit den verschiedenen OpRisk-Datenquellen verzahnt.

Alle laufenden Projekte zur Umsetzung der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) wurden im Geschäftsjahr 2006/07 abgeschlossen.

Das Projekt Basel II wurde mit hohem Engagement fortgesetzt, sodass die zeitgerechte Umsetzung der Anforderungen als nicht gefährdet angesehen wird.

Ausblick. Im neuen Geschäftsjahr sehen wir einen Schwerpunkt in der Finalisierung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen zu Basel II. Zu diesem Zweck werden wir die Umsetzung des Kreditrisikostandards abschließen, um anschließend die Voraussetzungen für die Genehmigung und Nutzung der fortgeschritteneren Basel-II-Ansätze für eine differenzierte und risikoadjustierte Eigenkapitalunterlegung zu schaffen. Dazu gehört neben der methodischen Weiterentwicklung unserer internen Modelle und Ratingverfahren im Kreditbereich und unserer Instrumente zur Risikofrüherkennung auch der Aufbau der erforderlichen Verlusthistorien als Basis für die Weiterentwicklung der erforderlichen Schätzverfahren für die Basel-II-Parameter.

Im Marktpreisrisiko-Controlling wird im Rahmen eines umfassenden Treasury-Infrastruktur-Projektes derzeit ein neues State-of-the-Art-System eingeführt, mittels dessen wir unsere Verfahren und Prozesse für die Bewertung und Risikomessung weiter kontinuierlich ausbauen. Mit der damit verbundenen Trennung der handelsunabhängigen Bewertungsinfrastruktur von den Front-Office-Systemen erwarten wir zudem, dass wir hierdurch die Effizienz im Treasury zusätzlich steigern werden.

Weiter ausbauen werden wir auch unsere Gesamtbank- und Portfoliosteuerung unter Risiko-/Ertragsgesichtspunkten, wobei wir unseren Forderungsverbriefungen unverändert einen sehr hohen Stellenwert beimessen. Durch ein aktives und kontinuierliches Management des Kreditportfolios erhöhen wir die Diversifikation und die Granularität unseres Kreditbuches und schaffen Wachstumspotenziale für die Zukunft.

5. Prognosebericht

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Der Vorstand erwartet, dass die nationalen und internationalen Rahmenbedingungen für die Geschäfte der Bank auch während der nächsten beiden Jahre positiv sein werden. Für den Kernmarkt des Geschäftes, Deutschland, wird die folgende gesamtwirtschaftliche Entwicklung erwartet:

- Das BIP wird im Jahr 2007 um 2,4 % ansteigen; für das Jahr 2008 gehen wir von einer Wachstumsrate des BIP in einer ähnlichen Größenordnung aus. Den Hauptgrund für dieses stabile Wirtschaftswachstum sehen wir vor allem darin, dass die deutschen Unternehmen aufgrund ihrer hervorragenden Produktionspalette und ihres hohen technologischen Standings unverändert von der guten Entwicklung der Weltwirtschaft profitieren.
- So werden die Ausfuhren nach unserer Einschätzung im Jahr 2007 um 9 % expandieren; für das Jahr 2008 erwarten wir eine Zunahme in der Größenordnung von 7,5 %. Für unsere mittelständischen Unternehmernkunden, die überwiegend stark exportorientiert sind, bedeutet dies, dass ihre Kapazitätsauslastung weiter ansteigt bzw. die Auftragsbestände zunehmen.
- Das Zinsniveau auf den nationalen und internationalen Geld- und Kapitalmärkten wird sich nach unserer Einschätzung in den nächsten beiden Jahren nicht grundlegend von dem zu Beginn des Jahres 2007 vorherrschenden Zinsniveau unterscheiden. Den Hauptgrund hierfür sehen wir darin, dass die Inflation weltweit kaum anziehen wird, sodass die Notenbanken (vor allem die Fed und die EZB) zu keiner restriktiven Geldpolitik übergehen werden. Als Unsicherheitsfaktor werten wir die Entwicklung des Ölpreises. Sollte dieser wieder auf 70 US-\$/b (und mehr) anziehen, schließen wir

nicht aus, dass die US-Notenbank – und in Folge davon auch die EZB – die Geldmarktzinsen nochmals anhebt. Die Wahrscheinlichkeit für ein solches Szenario veranschlagen wir allerdings mit weniger als 40 %.

- Angesichts der weiteren Aufwärtsentwicklung der deutschen Wirtschaft – und vor allem der Exporte – sowie eines vermutlich nur wenig veränderten Zinsniveaus geht der Vorstand davon aus, dass die für das Kreditgeschäft der Bank wichtigste gesamtwirtschaftliche Determinante, die Ausrüstungsinvestitionen der Unternehmen, in den Jahren 2007 und 2008 um jeweils etwa 5 % bis 6 % anziehen wird. Sowohl unser Kreditgeschäft mit inländischen Unternehmen als auch das mit Immobilieninvestoren werden hiervon profitieren.
- Unverändert aufwärts gerichtet wird auch die wirtschaftliche Entwicklung auf den für uns wichtigsten Auslandsmärkten sein. Für Westeuropa erwarten wir eine BIP-Zunahme um 2 % (mit 1,7 % in Italien als niedrigster und 3 % in Spanien als größter Rate), für Mitteleuropa eine Zunahme von durchschnittlich 6,2 %, wobei Ungarn mit 2,5 % und die Slowakei mit 8 % die maßgeblichen Eckpunkte markieren. Für die USA erwarten wir eine leichte Abschwächung des Wirtschaftswachstums auf 2,3 % (nach 3,4 % in 2006).

Für unsere Geschäftsaktivitäten im Bereich der internationalen Akquisitions- und Projektfinanzierung einerseits sowie im Mobilienleasing andererseits sind dies weiterhin exzellente Rahmenbedingungen für ein anhaltendes Wachstum der Volumina und Erträge.

Marktentwicklung und IKB-Perspektiven

Die Wettbewerbssituation in der deutschen Bankenlandschaft wird auch im Jahr 2007 angespannt bleiben; dies gilt nicht zuletzt in dem für uns relevanten Markt, dem langfristigen Kreditgeschäft mit Unternehmen. Das Volumen der langfristigen Kredite im Verarbeitenden Gewerbe lag in Deutschland Ende des Jahres 2006 bei 75 Mrd. €; es war in den vergangenen Jahren kontinuierlich zurückgegangen. Dieser Trend hat sich trotz der guten Wirtschaftslage und der starken inländischen Investitionstätigkeit der deutschen Unternehmen nur geringfügig umgekehrt. Der Grund hierfür liegt darin, dass insbesondere die größeren Mittelstandsunternehmen in Deutschland aufgrund ihrer guten Ertragslage viele Investitionen aus dem Cashflow finanzieren können.

Parallel dazu ist der Mittelstand von vielen Banken als Zielgruppe wiederentdeckt worden. Dabei wird auch im aktuellen Umfeld niedriger Margen aufgrund der besseren Ertragslage der Kunden mit niedrigeren Risikokosten kalkuliert; zudem ist stellenweise festzustellen, dass der langfristige Kredit als Einstiegsprodukt genutzt wird, um im Anschluss weitere Dienstleistungen beim Kunden zu platzieren. In Summe bedeutet dies, dass wir in unserem inländischen Kreditgeschäft erneut im Wettbewerb vor allem mit den Großbanken, ausgewählten Landesbanken sowie großen Sparkassen stehen werden. Entsprechend gehen wir davon aus, dass der Druck auf die Zinsmarge weiter anhalten wird. Den Eintritt von neuen, insbesondere ausländischen Wettbewerbern auf dem deutschen Markt für die langfristige Finanzierung von Investitionen mittelständischer Unternehmen erwarten wir nur bedingt.

Aber auch im Bereich der internationalen Finanzierung erwarten wir in diesem Geschäftsjahr ein Anhalten des intensiven Wettbewerbs vor allem wegen der unverändert hohen Liquidität auf den Kapitalmärkten. Entsprechend rechnen wir damit, dass es zu keiner Verbesserung der Margen im Bereich der internationalen strukturierten Finanzierung und der internationalen Immobilienfinanzierung kommt.

Im Segment *Firmenkunden* wird der Kernmarkt weiterhin Deutschland sein. Allerdings soll das Akquisitionspotenzial weiter erhöht werden, indem wir ab dem Geschäftsjahr 2007/08 Unternehmen ab einem Jahresumsatz von 7,5 Mio. € (bislang 10 Mio. €) langfristige Investitionskredite anbieten. Insbesondere wollen wir dabei unsere Finanzierungsplattform „IKB Direkt“, die einen vereinfachten standardisierten Kreditprozess zum Inhalt hat, zur Akquisition neuer Kunden einsetzen. Darüber hinaus werden wir unser Angebot an Schuldscheindarlehen, Mezzanine-Kapital und ABS-Finanzierungen so ausgestalten, dass dies auch für die kleineren Unternehmen interessant ist. So sollen Schuldscheindarlehen ab dem Geschäftsjahr 2007/08 bereits ab einer Größenordnung von 2 Mio. €, Mezzanine-Kapital ab 2 Mio. € sowie ABS-Finanzierungen ab 5 Mio. € pro Unternehmen angeboten werden. Vor diesem Hintergrund planen wir, unseren Marktanteil im Verarbeitenden Gewerbe weiter zu steigern. Dies stellt ein sehr ambitioniertes Ziel dar, zumal praktisch alle Wettbewerber die mittelständischen Unternehmen mit einer guten Bonität als Zielgruppe wiederentdeckt haben.

Im Bereich der *Immobilienfinanzierung* wollen wir das Neugeschäftsvolumen während der nächsten drei Jahre verdreifachen. Deutlich mehr als die Hälfte dieses Zuwachses soll dabei durch die im letzten Geschäftsjahr etablierte europäische Immobilienplattform erfolgen, die sich primär auf syndizierte Finanzierungen fokussieren wird. In Deutschland wird die Projektentwicklung einzelner ausgewählter Objekte ergänzt, für die wir die gesamte Bandbreite unserer Dienstleistungen anbieten und wofür wir interessante Provisionserträge erzielen. Derzeit sind wir an 15 derartigen Projektentwicklungen beteiligt.

Im Geschäftsfeld *Strukturierte Finanzierung* werden wir unsere erfolgreiche Internationalisierungsstrategie fortsetzen. Neben den bisherigen Auslandsmärkten wollen wir ab dem neuen Geschäftsjahr

auch Russland erschließen. Dies wird über die Etablierung einer Repräsentanz erfolgen. Aus heutiger Sicht gehen wir davon aus, dass wir auch in den nächsten beiden Jahren etwa 70 % der Erträge des Geschäftsfeldes Strukturierte Finanzierung auf ausländischen Märkten erzielen.

Eine zunehmende Bedeutung wird in den nächsten Jahren das *Verbriefungsgeschäft* einnehmen; das gilt sowohl für die Ausplatzierung von Kreditrisiken einerseits als auch für die Investments in internationale Kreditportfolien andererseits. Pro Jahr werden wir etwa ein Drittel unseres Neugeschäftes synthetisch ausplatzieren und damit Kreditrisiken und Eigenkapital freisetzen.

Eine große Aufmerksamkeit werden wir der Refinanzierung unseres Aktivgeschäftes widmen. Wir werden erneut mehr als 10 Mrd. € in Form von Schuldverschreibungen an den nationalen und internationalen Kapitalmärkten emittieren. Wegen der guten Verfassung der Kapitalmärkte einerseits und unseres hervorragenden Ratings andererseits erwarten wir weiterhin gute Bedingungen für die Platzierung unserer Bondemissionen. Darüber hinaus werden wir einen Teil unseres Kreditgeschäftes – wie auch schon in der Vergangenheit – durch die Aufnahme von Mitteln bei den öffentlichen Förderbanken – KfW, LfA und EIB – refinanzieren.

Die Eigenmittel der Bank wollen wir erneut durch eine Dotierung der Gewinnrücklagen erhöhen. Darüber hinaus beabsichtigen wir, weiteres Hybridkapital aufzunehmen. Zur Entlastung des Grundsatzes I KWG bzw. des Solvabilitätskoeffizienten sollen – wie ausgeführt – Teile unseres nationalen und internationalen Kreditgeschäftes verbrieft werden, um dadurch Risiken auszuplatzieren und entsprechend Eigenkapital freizusetzen. Eine Kapitalerhöhung über die Emission von Aktien ist nicht geplant.

Die erfolgreiche Geschäftsstrategie der IKB soll auch in den nächsten Jahren fortgeführt werden. Zur weiteren Steigerung des Ertragspotenzials werden wir insbesondere innovative Finanzierungsprodukte entwickeln, neue Märkte erschließen und die Bearbeitungsprozesse weiter verbessern. Wir erwarten, mit unserer Strategie, Wachstumsdynamik und unserem Kapitalmanagement unsere Ziele zu erreichen. Wir sind führend in unseren Kerngeschäftsfeldern und haben unsere Fähigkeit unter Beweis gestellt, sowohl in günstigen wie auch in einem schwierigen Marktumfeld gute Ergebnisse zu erzielen. Aufgrund unserer Erwartungen für die Entwicklung der Konjunktur und der Kapitalmärkte sind wir zuversichtlich, auch im Geschäftsjahr 2007/08 ein erfreuliches Ergebnis zu erzielen.

6. Vergütungsbericht

Der Vergütungsbericht berücksichtigt die Regelungen des Handelsgesetzbuches in der durch das Vorstandsvergütungsoffenlegungsgesetz geänderten Fassung sowie die Grundsätze des Deutschen Corporate Governance Kodex.

Das Vergütungssystem des Vorstands

Die Gesamtvergütung der Vorstandsmitglieder setzt sich aus einer festen jährlichen Grundvergütung, einer erfolgsabhängigen variablen Vergütung sowie Nebenleistungen und Pensionszusagen zusammen. Aktienoptionspläne oder vergleichbare Gestaltungen bestehen nicht. Die Struktur des Vergütungssystems für den Vorstand wird vom Aufsichtsrat auf Vorschlag des Aufsichtsratspräsidiums regelmäßig beraten und überprüft. Für die Festlegung der Vorstandsvergütung im Einzelnen ist das Aufsichtsratspräsidium zuständig.

Kriterien für die Angemessenheit der Vergütung bilden insbesondere die Aufgaben des jeweiligen Vorstandsmitglieds, seine persönliche Leistung, die Leistung des Vorstands insgesamt sowie die wirtschaftliche Lage, der Erfolg und die Zukunftsaussichten des Unternehmens unter Berücksichtigung seines Vergleichsumfelds. Die Angemessenheit der jeweiligen Gesamtvergütungen wird regelmäßig überprüft. Etwaige Bezüge aus Konzernmandaten werden einbezogen. Die letzte Vergütungsanpassung erfolgte am 13. Februar 2007 mit Wirkung zum 1. Juli 2007. Der Aufsichtsrat hat zuletzt in seiner Sitzung am 28. Juni 2006 über das Vergütungssystem für den Vorstand beraten.

Erfolgsunabhängige Vergütungsbestandteile

Die erfolgsunabhängige Jahresgrundvergütung wird monatlich als Gehalt ausgezahlt. Zusätzlich erhalten die Vorstandsmitglieder Nebenleistungen in Form von Sachbezügen, die im Wesentlichen aus dem nach steuerlichen Richtlinien anzusetzenden Immobilienwert, Versicherungsprämien sowie der Dienstwagenutzung bestehen. Als Vergütungsbestandteil sind diese Nebenleistungen vom einzelnen Vorstandsmitglied zu versteuern. Die konkrete Höhe variiert bei den einzelnen Vorstandsmitgliedern je nach der persönlichen Situation. Kredite oder Vorschüsse wurden Vorstandsmitgliedern im Berichtsjahr nicht gewährt.

Erfolgsabhängige Vergütungsbestandteile

Die Höhe der variablen Vergütung wird durch ein Zielvereinbarungssystem bestimmt, das im Geschäftsjahr 2006/07 zu 65 % unternehmererfolgsabhängige und zu 35 % individuelle Ziele beinhaltet. Die unternehmererfolgsabhängigen Ziele betreffen das Operative Ergebnis, die Kosten-Ertrags-Relation und die Eigenkapitalrendite. Die individuellen Ziele betreffen ressort-, funktions- und projektbezogene Ziele. In diesem Rahmen wird zunächst eine Zielantieme festgelegt. Die Festlegung der erreichten Tantieme erfolgt dann entsprechend dem Erreichungsgrad der Ziele. Bei 100-prozentiger Zielerfüllung entspricht die Tantieme der vertraglich vereinbarten Zieltantieme. Maximal ist eine Tantieme von 200 %, minimal 30 % der Zieltantieme möglich. Eine nachträgliche Änderung der vereinbarten Erfolgsziele ist grundsätzlich ausgeschlossen. Im Geschäftsjahr 2006/07 betrug der Anteil der variablen Vergütung an der Gesamtvergütung etwa 63 %.

Gemäß den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex umfassen die monetären Vergütungsteile der Gesamtvergütung somit fixe und variable Bestandteile. Die variable Vergütungskomponente hat Risikocharakter, sodass es sich hierbei nicht um eine gesicherte Vergütung handelt. Eine nachträgliche Änderung der vereinbarten Erfolgsziele ist grundsätzlich ausgeschlossen.

Altersversorgung

Die Mitglieder des Vorstands haben nach dem Ausscheiden aus dem Unternehmen in folgenden Fällen einen Anspruch auf Ruhegeldzahlungen: bei Erreichen der Regelaltersgrenze von derzeit 63 Jahren, dauerhafter Arbeitsunfähigkeit sowie bei vorzeitiger Beendigung oder Nichtverlängerung des Dienstvertrages. Im letztgenannten Fall erhalten die Vorstandsmitglieder bis zur Vollendung des 63. Lebensjahres als sogenanntes Übergangsgeld ein vermindertes Ruhegeld, soweit die Ursache der vorzeitigen Beendigung oder Nichtverlängerung nicht auf ihr Verschulden oder die Ablehnung eines gleichen oder günstigeren Angebots zur Vertragsverlängerung zurückgeht.

Abhängig von der Dauer der Vorstandstätigkeit beträgt der jährliche Ruhegeldanspruch zwischen 50 und 75 % der letzten Jahresgrundvergütung. Die Höhe des Übergangsgeldes ist abhängig von dem Alter des Vorstandsmitglieds und der Dauer seiner Vorstandstätigkeit und liegt zwischen 5 und 75 % der letzten Jahresgrundvergütung. Anderweitig erworbene Ruhegeldansprüche und anderweitige Arbeitseinkünfte werden in bestimmtem Umfang auf die Ruhegeldzahlungen der Gesellschaft angerechnet. Laufende Renten werden jährlich gemäß der Entwicklung des Verbraucherpreisindex für Deutschland angepasst.

Nach dem Tod eines aktiven oder ehemaligen Vorstandsmitglieds wird ein vermindertes Ruhegeld als Hinterbliebenenversorgung ausgezahlt. Witwen erhalten lebenslang 60 % des Ruhegeldes. Das Witwengeld entfällt bei Wiederverheiratung. Unterhaltsberechtignte Kinder erhalten mindestens bis zur

Erreichung des 18. Lebensjahres und darüber hinaus längstens bis zum 25. Lebensjahr für die Dauer der Schul- oder Berufsausbildung einschließlich des Wehr- oder Zivildienstes 15 % des Ruhegeldes. Übersteigen Witwen- und Waisengelder zusammen den Betrag des Ruhegeldes, erfolgt eine anteilige Kürzung der Waisengelder um den übersteigenden Betrag.

Für die künftigen Ruhegeldansprüche der Vorstandsmitglieder hat die Gesellschaft auf Basis der handelsrechtlichen Vorschriften Pensionsrückstellungen gebildet.

Change in Control

Im Fall der vorzeitigen Beendigung der Vorstandstätigkeit aufgrund eines Kontrollwechsels haben die Mitglieder des Vorstands mit Ausnahme des am 1. März 2007 neu in den Vorstand eingetretenen Mitglieds grundsätzlich einen dienstvertraglichen Anspruch auf Zahlung einer einmaligen Abfindung und Übergangsgeld. Die für Vorstandsmitglieder geltende Standardregelung sieht einen Kontrollwechsel als gegeben an, wenn ein Dritter allein oder durch ihm entsprechend § 22 WpHG zuzurechnende Stimmrechte einen Stimmrechtsanteil erlangt, der in einer ordentlichen Hauptversammlung der Gesellschaft zu einem Stimmrechtsanteil in Höhe von mindestens der Hälfte des präsenten stimmberechtigten Grundkapitals geführt hätte. Führt ein Kontrollwechsel zur vorzeitigen Beendigung oder Nichtverlängerung des Dienstvertrages, sei es auf Veranlassung der Gesellschaft oder auf Veranlassung eines Vorstandsmitglieds, weil seine Vorstandsposition durch den Kontrollwechsel nicht nur unwesentlich berührt wird, stehen ihm eine Abfindung von mindestens drei variablen Jahresvergütungen sowie die Zahlung von Übergangsgeld bis zur Vollendung des 63. Lebensjahres und anschließend Ruhegeld entsprechend den vorgenannten Regelungen zur Altersversorgung zu. Weitere Abfindungszahlungen können sich aus individuellen Aufhebungsverträgen ergeben.

Die Vergütung des Vorstands

Im Geschäftsjahr 2006/07 haben sich einige Änderungen in der Zusammensetzung des Vorstands ergeben. Frank Schönherr und Joachim Neupel sind am 30. November 2006 bzw. 31. Dezember 2006 aus dem Vorstand ausgeschieden. Neu in den Vorstand berufen wurden mit Wirkung zum 1. Juni 2006 Dr. Volker Doberanzke und mit Wirkung zum 1. März 2007 Frank Braunsfeld.

Kein Mitglied des Vorstands hat im abgelaufenen Geschäftsjahr Leistungen oder entsprechende Zusagen von einem Dritten im Hinblick auf seine Tätigkeit als Vorstandsmitglied erhalten.

Einzelheiten zur Vergütung des Vorstands für das Geschäftsjahr 2006/07 ergeben sich aus der nachfolgenden Tabelle:

in 1 000 €	Jahresvergütung				Pensionen	
	Festbezüge	Variable Bezüge	Wert der Nebenleistungen*	Insgesamt	Jahresbezug bei Eintritt des Pensionsfalles Stand: 31.3.2007	Zuführung zur Pensionsrückstellung im Geschäftsjahr
Stefan Ortseifen	504	1 000	93	1 597	378	232
Frank Braunsfeld (seit 1.3.2007)	25	35	14	74	180	437
Dr. Volker Doberanzke (seit 1.6.2006)	300	750	32	1 082	270	113
Dr. Markus Guthoff	384	750	59	1 193	288	89
Claus Momburg	384	750	53	1 187	288	116
Joachim Neupel ** (bis 31.12.2006)	288	563	96	947		
Frank Schönherr (bis 30.11.2006)	256	470	31	757		
Insgesamt	2 141	4 318	378	6 837	1 404	987

* einschließlich der erhaltenen Vergütungen für die Übernahme von Organfunktionen bei Tochterunternehmen in Höhe von 225 Tsd. €

** Die Pensionsbezüge von Joachim Neupel sind in den Gesamtbezügen der früheren Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene enthalten

Für das Geschäftsjahr 2005/06 belief sich die Jahresvergütung des Gesamtvorstands auf 5 886 Tsd. €. Hiervon entfallen 2 186 Tsd. € auf Festbezüge und 3 700 Tsd. € auf variable Bezüge.

Frühere und ausgeschiedene Mitglieder des Vorstands

Die Gesamtbezüge der früheren Mitglieder und ausgeschiedener Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebenen beliefen sich auf 5 345 Tsd. € (Vorjahr: 2 871 Tsd. €) als Auszahlungen bzw. Rückstellungszuführungen. Für Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Mitgliedern des Vorstands und ihren Hinterbliebenen wurden 29 680 Tsd. € zurückgestellt.

Weitere Informationen zur Vergütung des Vorstands sind im Anhang des Konzernabschlusses dargestellt.

Das Vergütungssystem des Aufsichtsrats

Die Vergütung des Aufsichtsrats ist in § 11 der Satzung der IKB geregelt. Sie trägt – im Einklang mit den gesetzlichen Vorschriften und entsprechend den Vorgaben des Deutschen Corporate Governance Kodex – der Verantwortung und dem Tätigkeitsumfang der Aufsichtsratsmitglieder sowie der wirtschaftlichen Lage und dem Erfolg des IKB-Konzerns Rechnung. Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten neben einer festen auch zwei variable, erfolgsorientierte Vergütungskomponenten. Die kurzfristige Komponente ist dividendenabhängig und die langfristige richtet sich nach dem Dreijahresdurchschnitt des Konzernjahresüberschusses je Aktie. Als feste Vergütung erhalten die Mitglieder des Aufsichtsrats, neben dem Ersatz ihrer Auslagen, zu denen auch die auf ihre Bezüge entfallene Umsatzsteuer gehört, für jedes Geschäftsjahr 20 000 €. Daneben erhalten die Aufsichtsratsmitglieder für jedes Geschäftsjahr eine variable Vergütung in Höhe von 200 € für je 0,01 € Dividende, die über 0,30 € je Aktie hinaus für das abgelaufene Geschäftsjahr an die Aktionäre ausgeschüttet wird. Ferner wird eine weitere variable Vergütung in Höhe von 90 € für jede 0,01 € gezahlt, um die der Dreijahresdurchschnitt des Konzernjahresüberschusses je Aktie den Betrag von 0,30 € übersteigt.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrats erhält das Doppelte und jeder Stellvertreter das Eineinhalbfache der Vergütung eines Aufsichtsratsmitglieds. Die Vergütung erhöht sich außerdem für jede Mitgliedschaft in einem Aufsichtsratsausschuss jeweils um das 0,25-Fache und für jeden Vorsitz in einem Ausschuss zusätzlich jeweils um das 0,25-Fache der Vergütung eines Aufsichtsratsmitglieds. Die zusätzlichen Vergütungen für die Ausschussarbeit können maximal die Höhe der Vergütung eines Aufsichtsratsmitglieds erreichen. Mitglieder des Aufsichtsrats, die nur wäh-

rend eines Teils des Geschäftsjahres dem Aufsichtsrat oder einem Ausschuss angehören, erhalten für jeden angefangenen Monat ihrer Tätigkeit eine zeitanteilige Vergütung.

Die Aufsichtsratsvergütung ist von anderen Kennzahlen abhängig als die Vorstandsbezüge, sodass eine unerwünschte Angleichung der Vergütungsinteressen beider Gremien ausgeschlossen ist. Mit der jährlichen festen Vergütung von 20 000 € soll insbesondere der Unabhängigkeit des Aufsichtsrats Rechnung getragen werden, die zur Wahrnehmung seiner Überwachungsfunktion erforderlich ist. Außerdem soll hierdurch eine angemessene und vom wirtschaftlichen Erfolg des Unternehmens unabhängige Mindestvergütung gewährleistet sein. Das dividendenabhängige Vergütungselement soll zu einem gewissen Gleichklang der Vergütungsinteressen des Aufsichtsrats mit den Renditeerwartungen der Aktionäre führen. Durch die Bindung eines weiteren Teils der variablen Vergütung an den Dreijahresdurchschnitt des Konzernjahresüberschusses enthält die Aufsichtsratsvergütung auch einen auf den langfristigen Unternehmenserfolg bezogenen Bestandteil.

Die Vergütung des Aufsichtsrats

Für das Geschäftsjahr 2006/07 wurde die Aufsichtsratsvergütung auf Basis der vorgeschlagenen Dividende von 0,85 € und des durchschnittlichen Konzernjahresüberschusses je Aktie für die Geschäftsjahre 2004/05 bis 2006/07 von 1,86 € ermittelt.

Darüber hinaus haben Aufsichtsratsmitglieder im Berichtsjahr keine weiteren Vergütungen bzw. Vorteile für persönlich erbrachte Leistungen, insbesondere für Beratungs- und Vermittlungsleistungen, erhalten.

Einzelheiten zur Vergütung des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2006/07 ergeben sich aus der nachfolgenden Tabelle:

in 1 000 €	Feste Vergütung	Kurzfristige variable Vergütung	Langfristige variable Vergütung	Insgesamt
Dr. Ulrich Hartmann	55	30	40	125
Detlef Leinberger (seit 31.8.2006)	30	17	21	68
Hans W. Reich (bis 31.8.2006)	19	10	13	42
Dr. Alexander v. Tippelskirch	40	22	28	90
Dieter Ammer	20	11	14	45
Jörg Asmussen	20	11	14	45
Dr. Jens Baganz	20	11	14	45
Dr. Jürgen Behrend	20	11	14	45
Wolfgang Bouché	23	13	16	52
Hermann Franzen	20	11	14	45
Dr. Mathias Kammüller	20	11	14	45
Wilhelm Lohscheidt (bis 31.8.2006)	8	5	6	19
Jürgen Metzger	20	11	14	45
Roland Oetker	20	11	14	45
Dr. Eberhard Reuther	20	11	14	45
Randolf Rodenstock	20	11	14	45
Rita Röbel	20	11	14	45
Dr. Michael Rogowski	20	11	14	45
Jochen Schametat (seit 31.8.2006)	13	7	9	29
Dr. Carola Steingraber	22	12	16	50
Dr. Martin Viessmann	20	11	14	45
Ulrich Wernecke	20	11	14	45
Andreas Wittmann	20	11	14	45
Zwischensumme	510	281	359	1 150
Reisekosten/Umsatzsteuer Aufsichtsrat insgesamt				189
Insgesamt				1 339

Für das Geschäftsjahr 2005/06 belief sich die Jahresvergütung des Aufsichtsrats auf 1 247 Tsd. €. Hiervon entfallen 510 Tsd. € auf Festbezüge und 571 Tsd. € auf variable Bezüge. Weitere 166 Tsd. € wurden für Reisekosten/Umsatzsteuer gezahlt.

Weitere Angaben sind im Anhang dargestellt.

7. Sonstige Finanzinformationen

Angaben gemäß §§ 289 Abs. 4, 315 Abs. 4 des Handelsgesetzbuches

Das Grundkapital der Gesellschaft per 31. März 2007 beträgt 225 280 000 €. Es ist eingeteilt in 88 000 000 auf den Inhaber lautende Stückaktien. Alle Aktien gewähren die gleichen Rechte. Jede Aktie gewährt eine Stimme und ist maßgebend für den Anteil am Gewinn.

Die Bundesrepublik Deutschland ist zu 80 % an der KfW Bankengruppe, Frankfurt am Main, beteiligt, die über ihre 100-prozentige Tochtergesellschaft KfW-Beteiligungsholding GmbH, Frankfurt am Main, 37,8 % der Stimmrechte an der IKB hält. Außerdem ist die Stiftung zur Förderung der Forschung für die gewerbliche Wirtschaft (Stiftung Industrieforschung), Köln, mit einem Anteil von 11,8 % an der Gesellschaft beteiligt. Das restliche Kapital wird von institutionellen und privaten Aktionären gehalten.

Die Mitglieder des Vorstands werden vom Aufsichtsrat nach Maßgabe des § 84 AktG und § 6 der Satzung bestellt und abberufen. Der Vorstand besteht aus mindestens zwei Mitgliedern; die Zahl der Mitglieder bestimmt der Aufsichtsrat. Die Bestellung erfolgt für eine Amtszeit von höchstens fünf Jahren. Eine wiederholte Bestellung oder Verlängerung der Amtszeit, jeweils für höchstens fünf Jahre, ist zulässig. Der Aufsichtsrat kann die Bestellung zum Vorstandsmitglied widerrufen, wenn ein wichtiger Grund vorliegt. Die Satzung kann gemäß § 179 Abs. 1 AktG und § 17 der Satzung nur durch Beschluss der Hauptversammlung geändert werden. Der satzungsändernde Beschluss bedarf, sofern das Aktiengesetz nicht

zwingend eine größere Mehrheit vorschreibt, einer Zweidrittelmehrheit des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals. Änderungen der Satzung, die nur die Fassung betreffen, kann auch der Aufsichtsrat beschließen.

Durch Beschlussfassung der Hauptversammlung vom 31. August 2006 wurde die Gesellschaft ermächtigt, bis zum 31. Januar 2008 eigene Aktien zum Zwecke des Wertpapierhandels zu erwerben und zu verkaufen. Der Bestand, der zu diesem Zweck zu erwerbenden Aktien darf 5 % des Grundkapitals am Ende eines jeden Tages nicht übersteigen. Zusammen mit den aus anderen Gründen erworbenen eigenen Aktien, die sich im Besitz der Gesellschaft befinden oder ihr nach §§ 71a ff. AktG zuzurechnen sind, dürfen die aufgrund dieser Ermächtigung erworbenen Aktien zu keinem Zeitpunkt 10 % des Grundkapitals übersteigen.

Weiterhin wurde die Gesellschaft ermächtigt, bis zum 31. Januar 2008 eigene Aktien in einem Volumen von bis zu 10 % des Grundkapitals zu anderen Zwecken als dem Wertpapierhandel zu erwerben und für bestimmte, in der Ermächtigung vom 31. August 2006 näher festgelegte Zwecke zu verwenden. Zusammen mit den für Handelszwecke und aus anderen Gründen erworbenen eigenen Aktien, die sich im Besitz der Gesellschaft befinden und ihr nach §§ 71a ff. AktG zuzurechnen sind, dürfen die aufgrund dieser Ermächtigung erworbenen Aktien zu keinem Zeitpunkt 10 % des Grundkapitals übersteigen.

Durch Beschlussfassung der Hauptversammlung vom 9. September 2004 wurde der Vorstand ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 8. September 2009 Wandel- und/oder Optionsschuldverschreibungen im Gesamtnennbetrag von bis zu 300 000 000 € mit oder ohne Laufzeitbegrenzung zu

begeben und den Inhabern dieser Schuldverschreibungen Wandlungs- oder Optionsrechte auf Aktien der Gesellschaft mit einem Anteil am Grundkapital von bis zu 22 528 000 € nach Maßgabe der festgelegten Bedingungen zu gewähren. Diese Ermächtigung sowie das dazu gehörende bedingte Kapital sind bislang nicht ausgenutzt worden.

Durch Beschlussfassung der Hauptversammlung vom 30. August 2002 wurde der Vorstand ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 30. August 2007 das Grundkapital um bis zu 76 800 000 € durch einmalige oder mehrmalige Ausgabe neuer, auf den Inhaber lautende Stückaktien gegen Bareinlagen zu erhöhen. Bei der Ausnutzung des genehmigten Kapitals ist den Aktionären grundsätzlich ein Bezugsrecht zu gewähren; das Bezugsrecht kann nur für Spitzenbeträge und zur Wahrung der Rechte von Inhabern von Wandlungs- und Optionsrechten ausgeschlossen werden. Das genehmigte Kapital ist bisher nicht ausgenutzt worden.

Weiterhin wurde der Vorstand ermächtigt, bis zum 30. August 2007 Genussscheine – auch mit Wandlungs- oder Optionsrechten – im Gesamtnennbetrag von bis zu 300 000 000 € mit einer Laufzeit von längstens 15 Jahren zu begeben und den Inhabern dieser Genussscheine Wandlungs- oder Optionsrechte auf Aktien der Gesellschaft mit einem Anteil am Grundkapital von bis zu 22 528 000 € nach näherer Maßgabe der festgelegten Bedingungen zu gewähren. Die Ermächtigung ist durch die Ausgabe von Genussscheinen (ohne Wandlungs- oder Optionsrechte) bis auf einen Betrag von 70 000 000 € ausgenutzt worden. Das bedingte Kapital besteht derzeit in voller Höhe.

Bericht des Vorstands zu den Angaben gemäß §§ 289 Abs. 4, 315 Abs. 4 HGB

Der Vorstand hat im Lagebericht für die Gesellschaft und im Konzernlagebericht Angaben gemäß §§ 289 Abs. 4, 315 Abs. 4 HGB gemacht und erläutert diese wie folgt:

- Die Zusammensetzung des Grundkapitals ergibt sich aus § 5 der Satzung. Die Gesellschaft hat lediglich Stammaktien ausgegeben; Vorzugsaktien oder Sonderrechte einzelner Aktionäre bestehen nicht.
- Die IKB verfügt über einen Aktionärskreis, der dem Mittelstand verpflichtet ist und die Fokussierung auf die langfristige Unternehmensfinanzierung unterstützt. Mit der KfW Bankengruppe, die rd. 38 % des Aktienkapitals hält, verbindet uns das gemeinsame Ziel, die Finanzierungsmöglichkeiten mittelständischer Unternehmen weiter zu verbessern. Die Stiftung Industrieforschung, die knapp 12 % des Kapitals hält, fördert hauptsächlich Forschungs- und Entwicklungsprojekte für den Mittelstand. Gut 50 % des Aktienkapitals liegen in den Händen institutioneller und privater Investoren und Partner, die die Strategie und Ausrichtung der Bank mittragen.
- Die Ernennung und Abberufung der Vorstandsmitglieder folgen den gesetzlichen und satzungsmäßigen Bestimmungen. Gemäß der Geschäftsordnung für den Vorstand benennen die Mitglieder dieses Gremiums aus ihrer Mitte den Sprecher des Vorstands. Die Ernennung bedarf der Zustimmung des Aufsichtsrats. Satzungsänderungen werden in gesetzlich zulässigem Umfang erleichtert.
- Die Befugnisse des Vorstands zur Erhöhung des Grundkapitals aus genehmigtem und bedingtem Kapital, zur Ausgabe von Wandel- und Optionschuldverschreibungen und von Genussscheinen sowie zum Rückkauf eigener Aktien ermöglichen es der Gesellschaft, auf veränderte Kapitalbedürfnisse angemessen und zeitnah zu reagieren.

- Die Vereinbarungen mit den Mitgliedern des Vorstands für den Fall eines Kontrollwechsels bei der Gesellschaft sind auch im Vergütungsbericht dargestellt und bedürfen keiner weiteren Erläuterung. Die Anstellungsverträge der Mitarbeiter enthalten keine Regelungen für den Fall eines Kontrollwechsels.

Angaben gemäß § 312 AktG

Die IKB hat gemäß § 312 AktG einen Abhängigkeitsbericht erstellt. Der Abhängigkeitsbericht wird nicht öffentlich gemacht. Die Schlusserklärung des Vorstands der Bank im Abhängigkeitsbericht lautet: „Die IKB erhielt bei jedem der im Bericht über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen aufgeführten Rechtsgeschäfte eine angemessene Gegenleistung. Dieser Beurteilung lagen die Umstände zugrunde, die uns im Zeitpunkt der berichtspflichtigen Vorgänge bekannt waren. Maßnahmen im Sinne von § 312 AktG sind weder getroffen noch unterlassen worden.“

Jahresabschluss der IKB Deutsche Industriebank AG

- Jahresbilanz
- Gewinn- und Verlustrechnung
- Anhang
- Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Jahresbilanz der IKB Deutsche Industriebank AG

Aktivseite	in 1 000 € *	31. 3. 2007 in 1 000 €	31. 3. 2006 in 1 000 €
Barreserve			
a) Kassenbestand		30	37
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken		28 253	43 969
darunter: bei der Deutschen Bundesbank	28 090 (43 907)		
c) Guthaben bei Postgiroämtern		102	27
		28 385	44 033
Forderungen an Kreditinstitute			
a) täglich fällig		590 632	1 477 483
b) andere Forderungen		11 983 287	8 515 857
		12 573 919	9 993 340
Forderungen an Kunden		24 962 650	22 231 093
darunter: Kommunalkredite	1 531 686 (1 567 807)		
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere			
a) Anleihen und Schuldverschreibungen			
aa) von öffentlichen Emittenten		866 251	315 380
ab) von anderen Emittenten		13 562 175	11 830 551
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	4 031 209 (5 556 287)	14 428 426	12 145 931
b) eigene Schuldverschreibungen		45 095	50 861
Nennbetrag	44 645 (49 481)		
		14 473 521	12 196 792
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		2 300	1 186
Beteiligungen		12 886	436
darunter: an Kreditinstituten	263 (263)		
Anteile an verbundenen Unternehmen		1 020 663	898 128
darunter: an Kreditinstituten	– (264 839)		
darunter: an Finanzdienstleistungsunternehmen	8 000 (–)		
Treuhandvermögen		1 804	3 175
darunter: Treuhandkredite	1 160 (2 431)		
Immaterielle Anlagewerte		15 889	5 700
Sachanlagen		32 157	44 842
Sonstige Vermögensgegenstände		1 069 523	537 771
Rechnungsabgrenzungsposten		110 664	116 069
Summe der Aktiven		54 304 361	46 072 565

* in Klammern: Vorjahreswerte

zum 31. März 2007

Passivseite	in 1 000 € *	31. 3. 2007 in 1 000 €	31. 3. 2006 in 1 000 €
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten			
a) täglich fällig		2 509 983	1 566 386
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		13 723 863	15 064 676
		16 233 846	16 631 062
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden			
andere Verbindlichkeiten			
a) täglich fällig		567 208	290 224
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		4 126 627	2 529 154
		4 693 835	2 819 378
Verbriefte Verbindlichkeiten			
begebene Schuldverschreibungen		27 822 135	21 516 009
Treuhandverbindlichkeiten		1 804	3 175
darunter: Treuhandkredite	1 160 (2 431)		
Sonstige Verbindlichkeiten		495 063	391 012
Rechnungsabgrenzungsposten		92 526	99 434
Rückstellungen			
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		141 686	131 698
b) Steuerrückstellungen		127 738	97 684
c) andere Rückstellungen		173 136	156 248
		442 560	385 630
Nachrangige Verbindlichkeiten		1 915 140	1 723 880
Genussrechtskapital		608 565	650 597
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig	81 807 (173 839)		
Fonds für allgemeine Bankrisiken		155 000	80 000
Eigenkapital			
a) gezeichnetes Kapital		225 280	225 280
bedingtes Kapital:	22 528 (22 528)		
b) stille Einlagen		400 000	400 000
c) Kapitalrücklage		567 416	567 416
d) Gewinnrücklagen			
da) gesetzliche Rücklage		2 399	2 399
db) andere Gewinnrücklagen		573 992	502 493
		576 391	504 892
e) Bilanzgewinn		74 800	74 800
		1 843 887	1 772 388
Summe der Passiven		54 304 361	46 072 565
Eventualverbindlichkeiten			
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln		351	567
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		4 021 659	4 896 401
		4 022 010	4 896 968
Andere Verpflichtungen			
Unwiderrufliche Kreditzusagen		12 685 729	11 582 804

* in Klammern: Vorjahreswerte

Gewinn- und Verlustrechnung der IKB Deutsche Industriebank AG

Aufwendungen	in 1 000 € *	2006/07 in 1 000 €	2005/06 in 1 000 €
Zinsaufwendungen		4 476 398	3 702 195
Provisionsaufwendungen		29 917	7 399
Nettoaufwand aus Finanzgeschäften		10 138	–
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen			
a) Personalaufwand			
aa) Löhne und Gehälter		115 063	103 067
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		30 831	27 105
darunter: für Altersversorgung	17 079 (14 766)		
		145 894	130 172
b) andere Verwaltungsaufwendungen		106 334	88 578
		252 228	218 750
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen		7 309	7 759
Sonstige betriebliche Aufwendungen		31 805	43 943
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft		269 598	484 179
Zuführung Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB		75 000	–
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		22 965	17 908
Sonstige Steuern, soweit nicht unter „Sonstige betriebliche Aufwendungen“ ausgewiesen		1 018	573
Jahresüberschuss		146 300	149 200
Summe der Aufwendungen		5 322 676	4 631 906
Jahresüberschuss		146 300	149 200
Einstellungen in Gewinnrücklagen in andere Gewinnrücklagen		– 71 500	– 74 400
Bilanzgewinn		74 800	74 800

* in Klammern: Vorjahreswert

für die Zeit vom 1. April 2006 bis 31. März 2007

Erträge	2006/07 in 1 000 €	2005/06 in 1 000 €
Zinserträge aus		
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	4 299 047	3 708 045
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	587 200	388 366
	4 886 247	4 096 411
Laufende Erträge aus		
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	1 448	215
b) Beteiligungen	6 570	175
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen	20 999	90 338
	29 017	90 728
Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen	69 916	29 535
Provisionserträge	144 399	132 066
Nettoertrag aus Finanzgeschäften	–	509
Sonstige betriebliche Erträge	193 097	282 657
Summe der Erträge	5 322 676	4 631 906

Anhang

Erläuterungen zum AG-Jahresabschluss

Der Jahresabschluss der IKB Deutsche Industriebank AG für das Geschäftsjahr 2006/07 wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches in Verbindung mit der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) und unter Beachtung der einschlägigen Regelungen des Aktiengesetzes aufgestellt. Der Abschluss steht darüber hinaus im Einklang mit der Bankbilanzrichtlinie (86/635/EWG).

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Forderungen

Der Ausweis der Forderungen an Kreditinstitute und Kunden erfolgt zum Nennwert, vermindert um Einzel- und Pauschalwertberichtigungen (Risikovorsorge). Unterschiede zwischen Nenn- und Auszahlungsbetrag werden in den passiven Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und planmäßig aufgelöst.

Für latente Kreditrisiken bestehen Pauschalwertberichtigungen. Die Berechnung der Pauschalwertberichtigungen basiert auf eigenen vergangenheitsbezogenen Ansätzen und Gewichtungen.

Wertpapiere

Wertpapiere werden unter den Posten „Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere“ sowie „Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere“ ausgewiesen. Soweit die Bestände dem Umlaufvermögen zugeordnet sind, werden diese zu Anschaffungskosten bzw. mit den niedrigeren Börsenkursen bewertet (Niederstwertprinzip). Auf die in Vorjahren abgeschrieben Wertpapierbestände werden aufgrund des Wertaufholungsgebots gemäß § 280 HGB gegebenenfalls Zuschreibungen auf den höheren Börsenwert, maximal bis zu den historischen Anschaffungskosten vorgenommen.

Einzelne Wertpapierbestände bilden mit zugeordneten Zinssicherungsgeschäften (Zinsswap-Geschäften) eine Bewertungseinheit (Mikro-Hedge). In diesen Fällen wird aufgrund der Zins-Absicherungsgeschäfte auf eine Wertpapierabschreibung zulässigerweise verzichtet, soweit diese auf Änderungen der Marktzinssätze beruht; in Fällen der nachhaltigen Bonitätsverschlechterung der Emittenten werden Teilwertabschreibungen vorgenommen.

Bei den Wertpapieren des Anlagevermögens im Bestand handelt es sich überwiegend um Emissionen internationaler Industrieunternehmen (Corporate Bonds und Credit Linked Notes), die wir in Dauerbesitzabsicht bis zur Endfälligkeit der Papiere erworben haben.

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen/Sachanlagen

Anteile an verbundenen Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, sowie Anteile an assoziierten Unternehmen werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert.

Sachanlagevermögen bewerten wir zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen. Bei voraussichtlich dauernder Wertminderung werden außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen. Geringwertige Wirtschaftsgüter werden im Jahr des Zugangs voll abgeschrieben.

Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten sind mit dem Rückzahlungsbetrag passiviert. Der Unterschied zum Einzahlungsbetrag wird in die aktivische Rechnungsabgrenzung eingestellt und planmäßig aufgelöst.

Rückstellungen

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen werden gemäß versicherungsmathematischen Grundsätzen unter Verwendung der Sterbetafeln von Prof. Dr. Heubeck und eines Rechnungszinsfußes von 6 % mit dem Teilwert für Anwartschaften und dem Barwert für laufende Renten passiviert.

Rückstellungen für Steuern und ungewisse Verbindlichkeiten bilden wir in Höhe der voraussichtlichen Inanspruchnahme. Rückstellungen für Jubiläumsverpflichtungen haben wir – soweit erforderlich – entsprechend den steuerlichen Vorschriften mit 5,5 % abgezinst.

Wir haben Ende März 2007 die den Pensionsverpflichtungen zugeordneten Vermögenswerte mittels eines sogenannten überbetrieblichen Contractual Trust Arrangements (CTA) ausgelagert. Handels- und steuerrechtlich ergeben sich daraus keine Saldierungseffekte; es erfolgt nach wie vor ein Bruttoausweis der korrespondierenden Vermögensgegenstände und Verpflichtungen.

Derivate-Geschäfte

Derivative Finanzgeschäfte (Swaps, Termingeschäfte, Optionen) sind als schwebende Geschäfte in der Bilanz nicht ausweis-pflichtig. Sie werden bei Abschluss entsprechend ihrer Zweckbestimmung dem Bank- oder Handelsbuch zugeordnet. Soweit derivative Finanzgeschäfte dem Handelsbuch zuzuordnen sind, werden sie auf Basis von aktuellen Marktpreisen entsprechend dem Imparitäts- und Realisationsprinzip bewertet. Zur Deckung und Steuerung von Zins- und Marktpreisrisiken des Bankbuchs getätigte derivative Finanzgeschäfte unterliegen zusammen mit den bilanziellen Finanzgeschäften einer einheitlichen Steuerung und Bewertung des Zinsänderungsrisikos. Marktwertveränderungen dieser Geschäfte werden dementsprechend keiner Einzelbetrachtung unterzogen.

Währungsumrechnung

Die Umrechnung der auf ausländische Währung lautenden bilanziellen und außerbilanziellen Geschäfte folgt den Grundsätzen des § 340 h HGB. Die auf ausländische Währung lautenden Vermögensgegenstände des Anlagevermögens, die nicht besonders gedeckt sind, haben wir zu historischen Anschaffungskursen umgerechnet.

Alle übrigen auf ausländische Währung lautenden Vermögensgegenstände und Schulden sowie noch nicht abgewickelte Kassageschäfte werden mit dem Referenzkurs der Europäischen Zentralbank (EZB) zum Stichtag bewertet. Soweit Devisentermingeschäfte zur Deckung von zinstragenden Bilanzpositionen abgeschlossen sind, werden die Auf- und Abschläge (Deport/Report) zum Kassakurs zeitanteilig im Zinsergebnis verrechnet. Kursgesicherte Aufwendungen und Erträge werden zum kontrahierten Terminkurs umgerechnet.

In der Gewinn- und Verlustrechnung werden nur Aufwendungen aus der Währungsumrechnung nach § 340 h Abs. 2 HGB berücksichtigt.

Kursdifferenzen aus der Währungsumrechnung von Bilanzposten werden erfolgsneutral den Sonstigen Vermögensgegenständen beziehungsweise Sonstigen Verbindlichkeiten zugeordnet.

Erläuterungen zur Bilanz

Laufzeitengliederung ausgewählter Bilanzposten nach Restlaufzeiten

in Mio. €		bis drei Monate	mehr als drei Monate bis ein Jahr	mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	über fünf Jahre
Forderungen an Kreditinstitute*)					
	31.3.2007	8 057	3 454	111	361
	31.3.2006	6 010	2 255	111	140
Forderungen an Kunden					
	31.3.2007	2 931	3 145	10 871	8 016
	31.3.2006	3 158	2 675	9 580	6 818
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten*)					
	31.3.2007	2 820	3 203	4 317	3 384
	31.3.2006	6 301	2 344	3 426	2 994
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden*)					
	31.3.2007	819	101	1 008	2 199
	31.3.2006	219	182	871	1 257

*) jeweils ohne täglich fällige Forderungen bzw. Verbindlichkeiten

Von den in der Bilanz ausgewiesenen Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren sind 856 Mio. € (Vj.: 961 Mio. €) im Folgejahr fällig. Von den unter den Verbrieften Verbindlichkeiten enthaltenen begebenen Schuldverschreibungen sind 9,2 Mrd. € (Vj.: 6,4 Mrd. €) im Folgejahr fällig.

Anlagevermögen

in Mio. €	Anschaffungs-/Herstellungskosten	Zugänge	Abgänge	Abschreibungen kumuliert	Abschreibungen Geschäftsjahr	Restbuchwerte 31.3.2007	Restbuchwerte 31.3.2006
Sachanlagen	114,1	4,1	27,4	58,6	5,2	32,2	44,8
Immaterielle Anlagewerte	6,5	12,5	–	3,1	2,4	15,9	5,7
Beteiligungen	0,4	12,5	0,0	–	–	12,9	0,4
Anteile an verbundenen Unternehmen	957,3	450,0	327,5	59,1	–	1 020,7	898,1
Aktien und festverzinsliche Wertpapiere	7 639,1	1 282,3	672,8	19,3	19,3	8 229,3	7 639,1

Das Anlagevermögen enthält Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie Aktien mit einem Volumen in Höhe von 8,2 Mrd. € (Vj.: 7,6 Mrd. €). Hierbei handelt es sich um Emissionen internationaler Industrieunternehmen (Corporate Bonds und Credit Linked Notes), die Teil unseres Kreditgeschäfts sind und in Dauerbesitzabsicht bis zur Endfälligkeit der Papiere erworben wurden. Wir bewerten diese Bestände daher wie Kredite. Insgesamt enthalten diese Wertpapiere am Bilanzstichtag per saldo stille Verluste in Höhe von 232 Mio. €.

Am 31. März 2007 beträgt der Buchwert der bankbetrieblich genutzten Grundstücke und Gebäude 17,5 Mio. € (Vj.: 17,8 Mio. €).

Die Betriebs- und Geschäftsausstattung ist in den Sachanlagen mit 12,9 Mio. € (Vj.: 14,8 Mio. €) enthalten.

Börsenfähige Wertpapiere

Die in den nachstehenden Bilanzposten enthaltenen börsenfähigen Wertpapiere werden nach ihrer Börsennotierung wie folgt unterschieden:

in Mio. €	insgesamt	börsen- notiert	nicht börsen- notiert
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	14 129,2	12 850, 2	1 279,0
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	2,3	2,0	0,3
Anteile an verbundenen Unternehmen	58,6	0,0	58,6

Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und Beteiligungsgesellschaften

in Mio. €	Verbundene Unternehmen	Beteiligungen
Forderungen an Kreditinstitute	8 069,4	2,9
Forderungen an Kunden	1 397,8	243,2
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2 683,2	5 885,6
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	373,4	6,4
Nachrangige Verbindlichkeiten	475,1	0,0

Treuhandgeschäfte

in Mio. €	31.3.2007	31.3.2006
Forderungen an Kunden	1,2	2,4
Beteiligungen	0,6	0,8
Treuhandvermögen	1,8	3,2
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1,8	3,2
Treuhandverbindlichkeiten	1,8	3,2

Nachrangige Vermögensgegenstände

Nachrangige Vermögensgegenstände sind in den folgenden Aktivposten enthalten:

in Mio. €	31.3.2007
Forderungen an Kreditinstitute	100,0
Forderungen an Kunden	380,4
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	119,1

Vermögensgegenstände und Schulden in Fremdwährung

Die in Euro umgerechneten bilanzierten Wahrungsvolumina sind in der nachfolgenden Übersicht dargestellt. Die Unterschiedsbeträge zwischen den Vermögensgegenständen und Schulden sind weitgehend durch Wahrungssicherungsgeschafte abgesichert.

in Mio. €	31.3.2007	31.3.2006
Vermögensgegenstände	10 456,3	6 115,8
Schulden	6 327,8	4 811,3

Sonstige Vermögensgegenstände und Sonstige Verbindlichkeiten

In den Sonstigen Vermögensgegenständen sind als größter Einzelposten anteilige Zinsen aus Zinsswap- und Zins- und Wahrungsswapgeschaften (381 Mio. €) enthalten. Steuererstattungsansprüche bestehen in Höhe von 53 Mio. €. Der restliche Betrag zum Bilanzausweis enthält hauptsächlich Forderungen aus Gewinnabführungen sowie aus Lieferungen und Leistungen.

Die Sonstigen Verbindlichkeiten beinhalten die Ausschüttungsbetrage auf das Genussrechtskapital für 2006/07 mit 35 Mio. € sowie die anteiligen Zinsen für die Nachrangigen Verbindlichkeiten und Stillen Einlagen mit 45 Mio. €. Die anteiligen Zinsen aus Zinsswap-Verträgen betragen als größter Einzelposten 314 Mio. €. Der restliche Betrag zum Bilanzausweis betrifft im Wesentlichen Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen.

Rechnungsabgrenzungsposten

Unter dem aktiven Rechnungsabgrenzungsposten werden mit 82 Mio. € Unterschiedsbeträge gemäß § 250 Abs. 3 HGB bzw. § 340 e Abs. 2 Satz 3 HGB (Disagien aus zum Nennwert bilanzierten Verbindlichkeiten) ausgewiesen.

Unter dem passiven Rechnungsabgrenzungsposten werden 35 Mio. € ausgewiesen, die Unterschiedsbeträge gemäß § 250 Abs. 2 HGB bzw. § 340 e Abs. 2 Satz 2 HGB (Disagien aus zum Nennwert bilanzierten Forderungen) darstellen.

Nachrangige Verbindlichkeiten

Die Nachrangigen Verbindlichkeiten sind Eigenmittel im Sinne des Kreditwesengesetzes und rechnen damit zum haftenden Eigenkapital. Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung ist nicht gegeben. Sie dürfen im Falle des Konkurses oder der Liquidation erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückgezahlt werden.

Die Nachrangigen Verbindlichkeiten belaufen sich auf 1,9 Mrd. €. Die Zinsaufwendungen hierfür betragen im Geschäftsjahr 85,3 (Vj. 79,6) Mio. €.

Einzelposten, die 10 % des Gesamtbetrages übersteigen:

Emissionsjahr	Buchwert in Mio. €	Emissionswahrung	Zinssatz in %	Fälligkeit
2004/2005	400,0	EUR	4,06	29.7.2033
2003/2004	310,0	EUR	4,50	9.7.2013

Genussrechtskapital

Das Genussrechtskapital in Höhe von 608,6 Mio. € erfüllt mit 523,6 Mio. € die Voraussetzung des § 10 Abs. 5 KWG und dient damit der Verstärkung des haftenden Eigenkapitals. Es nimmt bis zur vollen Höhe am Verlust teil. Zinszahlungen erfolgen nur im Rahmen eines vorhandenen Bilanzgewinnes. Die Ansprüche der Genussrechtsinhaber auf Rückzahlung des Kapitals sind gegenüber den Ansprüchen der anderen Gläubiger nachrangig.

Das Genussrechtskapital setzt sich wie folgt zusammen:

Emissionsjahr	Buchwert in Mio. €	Emissions- währung	Zinssatz in %	Fälligkeit
1995/1996	81,8	DM	8,40	31.3.2007
1997/1998	102,3	DM	7,05	31.3.2009
1999/2000	20,0	EUR	7,23	31.3.2010
2001/2002	100,0	EUR	6,50	31.3.2012
2001/2002	74,5	EUR	6,55	31.3.2012
2004/2005	30,0	EUR	4,50	31.3.2015
2005/2006	150,0	EUR	3,86	31.3.2015
2006/2007	50,0	EUR	4,70	1.8.2017
	608,6			

Für das Geschäftsjahr 2006/07 sind Zinsen auf das Genussrechtskapital in Höhe von 37,3 Mio. € (Vj.: 41,7 Mio. €) angefallen und im Zinsaufwand enthalten.

Durch Beschluss in der Hauptversammlung vom 30. August 2002 wurde der Vorstand ermächtigt, bis zum 30. August 2007 Genussscheine im Gesamtbetrag von 300 Mio. € ausgeben zu können. Nach Emissionen in einer Gesamthöhe von 230 Mio. € reduziert sich die Ermächtigung auf noch 70 Mio. €.

Den Inhabern der Genussscheine können Wandlungs- und Optionsrechte auf bis zu 8 800 000 auf den Inhaber lautende Aktien der IKB Deutsche Industriebank AG mit einem Anteil am Grundkapital von bis zu 22 528 000,00 € eingeräumt werden. Von dieser Ermächtigung wurde bisher kein Gebrauch gemacht.

Entwicklung des Kapitals

1. Eigene Aktien

Die Hauptversammlungen am 9. September 2005 und am 31. August 2006 haben den Erwerb eigener Aktien zum Zwecke des Wertpapierhandels genehmigt.

Im Geschäftsjahr 2006/07 haben wir insgesamt 1 017 230 Stück eigene Aktien gekauft. Der durchschnittliche Einstandspreis betrug 29,88 € pro Stückaktie. Die Veräußerung im gleichen Umfang erfolgte zum durchschnittlichen Verkaufspreis von 29,78 €. Die Verluste hieraus sind in Höhe von 0,1 Mio. € im Nettoergebnis aus Finanzgeschäften enthalten. Der höchste Tagesbestand an eigenen Aktien belief sich auf 0,21 % des Grundkapitals. Die mit uns verbundenen Unternehmen tätigten keine Käufe und Verkäufe von IKB-Aktien. Am Bilanzstichtag befinden sich keine eigenen Aktien im Bestand der Bank.

Um unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern den Bezug von Belegschaftsaktien zu ermöglichen, haben wir im Berichtsjahr 13 683 Stückaktien zum durchschnittlichen Kurs von 27,60 € gekauft. 9 910 Stückaktien wurden an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der AG zum Vorzugspreis von 13,20 € weiterveräußert. 4 300 Stückaktien wurden zu gleichen Konditionen von Konzern-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeitern erworben. Die Belastung betrug 0,2 Mio. € und ist im Personalaufwand enthalten.

2. Eigenkapital

Das gezeichnete Kapital (Grundkapital) beträgt am Bilanzstichtag 225 280 000,00 € und ist eingeteilt in 88 000 000 auf den Inhaber lautende Stückaktien.

Zur Gewährung von Wandlungs- oder Optionsrechten an die Inhaber von bis zum 8. September 2009 zu begebenden Wandel- oder Optionsschuldverschreibungen im Gesamtnennbetrag von 300 Mio. € besteht ein bedingtes Kapital von 22,5 Mio. €. Zudem besteht ein bedingtes Kapital von 22,5 Mio. € zur Gewährung von Wandlungs- oder Optionsrechten an die Inhaber von bis zum 30. August 2007 zu begebenden Genussscheinen mit Wandlungs- oder Optionsrechten. Außerdem wurde ein bis zum 30. August 2007 befristetes genehmigtes Kapital in Höhe von 76,8 Mio. € geschaffen.

Weder das genehmigte noch das bedingte Kapital wurden bisher in Anspruch genommen.

3. Hybride Kapitalinstrumente

Das hybride Kernkapital beträgt zum 31. März 2007 unverändert zum Vorjahr 400 Mio. €. Es entspricht den Anforderungen des § 10 Abs. 4 KWG und wird damit unserem aufsichtsrechtlichen Kernkapital zugerechnet.

Unter den Begriff der hybriden Kapitalinstrumente fallen Emissionen in Form von Vermögenseinlagen stiller Gesellschafter. Bei den Vermögenseinlagen stiller Gesellschafter ist eine Kündigung nur durch den Emittenten – bei ansonsten unbegrenzter Laufzeit – zulässig, die frühestens nach 10 Jahren ausgesprochen werden kann.

Darüber hinaus dürfen hybride Kapitalinstrumente im Insolvenzfall erst nach Rückzahlung sämtlicher Nachrangverbindlichkeiten und Genussscheinemissionen bedient werden.

Der Zinsaufwand für die hybriden Kapitalinstrumente beträgt 28,4 Mio. € (Vj.: 29,4 Mio. €).

4. Entwicklung des Kapitals

in Mio. €	2007	2006
Stand am 1.4. des Vorjahres	1 772,4	1 693,6
Ausschüttung des Bilanzgewinns des Vorjahres	-74,8	-70,4
Einstellung in die Gewinnrücklagen aus dem Jahresüberschuss	71,5	74,4
Bilanzgewinn am 31.3.	74,8	74,8
Stand des Kapitals am 31.3.	1 843,9	1 772,4

Die bankaufsichtsrechtlichen Eigenmittel gemäß Kreditwesengesetz beliefen sich auf insgesamt 3,3 Mrd. €.

Eventualverbindlichkeiten/Andere Verpflichtungen

Eventualverbindlichkeiten in Mio. €	31.3.2007	31.3.2006
Bürgschaften, Garantien, Sonstige	3 852,0	4 677,0
Haftungsübernahmen	170,0	220,0
Insgesamt	4 022,0	4 897,0

Andere Verpflichtungen in Mio. €	31.3.2007	31.3.2006
Kreditzusagen bis zu einem Jahr	10 139,5	9 668,0
Kreditzusagen von mehr als einem Jahr	2 546,2	1 915,0
Insgesamt	12 685,7	11 583,0

In dem Posten „Eventualverbindlichkeiten“ sind am Bilanzstichtag unter den Bürgschaften und Garantien auch Credit Default Swaps (Bank ist Sicherungsgeber) von insgesamt 1,3 Mrd. € (Vj.: 1,6 Mrd. €) enthalten. Hierbei haben wir jeweils für bestimmte Kreditportfolien das Adressenausfallrisiko für ein im voraus definiertes Kreditereignis übernommen. Die einzelnen Portfolien wurden von dem unabhängigen Unternehmen Moody's mit insgesamt über zwei Drittel in die besten Ratingklassen Aaa bis A eingestuft.

In dem Posten „Andere Verpflichtungen“ sind Kreditzusagen über insgesamt 8,1 Mrd. € Gegenwert an Spezialgesellschaften enthalten, die nur im Falle von kurzfristigen Liquiditätsengpässen bzw. vertraglich definierten Kreditausfallereignissen von diesen in Anspruch genommen werden können.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Erträge nach geografischen Märkten (§ 34 Abs. 2 RechKredV)

Der Gesamtbetrag der Zinserträge, laufenden Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen, der Provisionserträge, des Nettoertrags aus Finanzgeschäften und der Sonstigen betrieblichen Erträge verteilt sich wie folgt auf die verschiedenen geografischen Märkte:

in Mio. €	2006/07	2005/06
Bundesrepublik Deutschland	3 111,0	2 915,0
Europa ohne Deutschland	2 226,0	1 717,0
Insgesamt	5 337,0	4 632,0

Die Zuordnung der Erträge nach geografischen Bereichen erfolgt nach dem jeweiligen Sitz unserer Betriebsstätte.

Für Dritte erbrachte Dienstleistungen für Verwaltung und Vermittlung

Wir erbringen Verwaltungsdienstleistungen im Kredit- und Depotgeschäft, insbesondere im Avalgeschäft. Die Erträge hieraus sind in den Provisionserträgen enthalten.

Sonstige betriebliche Erträge

Die Sonstigen betrieblichen Erträge enthalten im Wesentlichen Gewinne aus der Veräußerung von Wertpapieren des Anlagevermögens und von Beteiligungen in Höhe von 180,2 Mio. € (Vj.: 270,6 Mio. €) und Konzernumlagen in Höhe von 6,0 Mio. € (Vj.: 5,9 Mio. €) sowie 2,4 Mio. € Mieteinnahmen (Vj.: 3,7 Mio. €).

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die Sonstigen betrieblichen Aufwendungen umfassen im Wesentlichen 9,5 Mio. € (Vj.: 22,8 Mio. €) für Wertkorrekturen von Optionsgeschäften, 8,9 Mio. € für nicht eigengenutzte Gebäude (Vj.: 11,6 Mio. €), 2,0 Mio. € für soziale Aufwendungen (Vj.: 1,7 Mio. €) sowie 1,1 Mio. € Konzernumlagen (Vj.: 1,3 Mio. €).

Sonstige Angaben

Anteilsbesitz gemäß § 285 Satz 1 Nr. 11 HGB	Patronats- erklärung	Kapital- anteil	Eigenkapital- in 1000 €	Ergebnis in 1000 €
1. Ausländische Kreditinstitute				
IKB International S.A., Luxemburg	x	100	530 652 ⁴⁾	94 200 ³⁾
2. Inländische Unternehmen				
AIVG Allgemeine Verwaltungsgesellschaft mbH, Düsseldorf	x	100	5 811	355
IKB Autoleasing GmbH, Hamburg	x	100	4 000	– ^{1) 3)}
IKB Beteiligungen GmbH, Düsseldorf	x	100	401 515	0
IKB Credit Asset Management GmbH, Düsseldorf	x	100	8 000	– ¹⁾
IKB Data GmbH, Düsseldorf	x	100	20 000	– ¹⁾
IKB Grundstücks GmbH, Düsseldorf	x	100	89	19
IKB Grundstücks GmbH & Co. Objekt Degerloch KG, Düsseldorf	x	100	6 663	71
IKB Grundstücks GmbH & Co. Objekt Hamburg KG, Düsseldorf	x	100	2 715	–282
IKB Grundstücks GmbH & Co. Objekt Holzhausen KG, Düsseldorf	x	100	9 734	325
IKB Grundstücks GmbH & Co. Objekt Uerdinger Straße KG, Düsseldorf	x	100	8 620	–158
IKB Immobilien Management GmbH, Düsseldorf	x	75	948	572
IKB Leasing Berlin GmbH, Erkner	x	100	8 000	– ^{1) 3)}
IKB Leasing GmbH, Hamburg	x	100	30 000	– ^{1) 3)}
IKB Private Equity GmbH, Düsseldorf	x	100	97 500	– ^{1) 3)}
IKB Projektentwicklung GmbH & Co. KG, Düsseldorf	x	100	20 040	1 422
IKB Projektentwicklungsverwaltungs- ges. mbH, Düsseldorf	x	100	22	1
IMAS Grundstücks-Vermietungs- ges. mbH, Düsseldorf	x	100	268	62
ISTOS Beteiligungsverwaltungs- und Grundstücks- Vermietungs- ges. mbH, Düsseldorf	x	100	34	2
ISTOS Erste Beteiligungsverwaltungs- und Grundstücks- Vermietungs- ges. mbH & Co. KG, Düsseldorf	x	100	2 485	–12
Movesta Lease and Finance GmbH, Düsseldorf		50	10 335	4 021 ³⁾
3. Ausländische Unternehmen				
IKB Capital Corporation, New York		100	48 508	7 075
IKB Finance B. V., Amsterdam	x	100	11 060	1 482
IKB Financière France S. A., Paris	x	100	72 083	1 923
IKB Funding LLC I, Wilmington	x ²⁾	100	75 057 ⁴⁾	–37
IKB Funding LLC II, Wilmington	x ²⁾	100	400 064 ⁴⁾	12
IKB Lux Beteiligungen S.á.r.l., Luxemburg	x	100	428 878	0

¹⁾ Es besteht ein Ergebnisabführungsvertrag

²⁾ Nachrangige Patronatserklärung

³⁾ Mittelbare Beteiligung

⁴⁾ inkl. Stille Einlagen/Vorzugsaktien

Die vollständige Aufstellung unseres Anteilsbesitzes wird beim elektronischen Bundesanzeiger eingereicht und über die Internetseite des Unternehmensregisters zugänglich gemacht. Sie kann bei uns kostenlos angefordert werden.

Angabe der Abschlussprüferhonorare gemäß § 285 Satz 1 Nr. 17 HGB

Im Geschäftsjahr 2006/07 wurden für den inländischen Abschlussprüfer folgende Honorare gezahlt:

in Mio. €	2006/07
Abschlussprüfung	1,7
Sonstige Bestätigungs- oder Bewertungsleistungen	0,5
Steuerberatungsleistungen	0,4
Sonstige Leistungen	0,2
Insgesamt	2,8

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Einzahlungsverpflichtungen aus nicht voll eingezahlten Aktien, GmbH-Anteilen und Anteilen an verbundenen Unternehmen belaufen sich am Bilanzstichtag auf 1 Tsd. €.

Es besteht eine anteilige Nachschusspflicht für die Liquiditäts-Konsortialbank GmbH, Frankfurt am Main. Daneben tragen wir eine quotale Eventualhaftung für die Erfüllung der Nachschusspflicht anderer, dem Bundesverband deutscher Banken e.V. angehörender Gesellschafter. Ferner hat die Bank sich gemäß § 5 Abs. 10 des Statuts für den Einlagensicherungsfonds verpflichtet, den Bundesverband deutscher Banken e.V. von etwaigen Verlusten freizuhalten, die durch Maßnahmen zugunsten von in ihrem Mehrheitsbesitz stehenden Kreditinstituten anfallen.

Patronatserklärungen

Die IKB trägt dafür Sorge, dass die Tochterunternehmen, die in der Liste über den Anteilsbesitz der IKB Deutsche Industriebank AG gemäß § 285 Nr. 11 HGB als unter die Patronatserklärung fallend gekennzeichnet sind, abgesehen vom Fall des politischen Risikos, ihre vertraglichen Verpflichtungen erfüllen können.

Sicherheitenleistungen für eigene Verbindlichkeiten

Für nachstehend aufgeführte Verbindlichkeiten wurden Vermögensgegenstände bzw. hereingenommene Sicherheiten abgetreten bzw. übertragen:

in Mio. €	31.3.2007
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	6 336
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	18
Insgesamt	6 354

Sicherheiten stellen wir vor allem für Darlehen der KfW Bankengruppe sowie anderer Förderinstitute. Die Vergabe von Darlehen haben diese Institute an die Stellung von Sicherheiten geknüpft.

Sicherheitenübertragung für eigene Verbindlichkeiten

Bei der Deutschen Bundesbank sind festverzinsliche Wertpapiere in Höhe von 6,0 Mrd. € (Vorjahr: 5,3 Mrd. €) als Sicherheiten für das Tendersverfahren der Europäischen Zentralbank (Sicherheitenpool) hinterlegt. Am Bilanzstichtag waren Kreditfazilitäten in Höhe von 0,8 Mrd. € (Vorjahr: 3,3 Mrd. €) in Anspruch genommen.

Wir haben bei verschiedenen Kreditinstituten Barsicherheitsleistungen (Cash Collaterals) in Höhe von insgesamt 290,0 Mio. € (Vorjahr: 540,0 Mio. €) im Zusammenhang mit Kreditderivategeschäften erbracht.

Im Rahmen des Sicherheitenverwaltungs-Managements (Collateral Management) haben wir für Zinsderivate an verschiedene Institute Barsicherheiten in Höhe von 217,6 Mio. € (Vorjahr: 210,7 Mio. €) gegeben.

Für die Einhaltung der Zahlungsverpflichtungen bei Wertpapiertransaktionen sind Wertpapierbestände mit einem Nominalwert von 3,5 Mio. € (Vorjahr: 3,5 Mio. €) gegenüber der Clearstream Banking AG, Frankfurt, und bei Clearstream Banking S.A., Luxemburg, ein Wertpapier mit einem Nominalwert von 7,0 Mio. € (Vorjahr: 7,0 Mio. €) als Sicherheit hinterlegt. Im Rahmen des Handels an der EUREX Deutschland sind für Marginverpflichtungen gegenüber der BHF-Bank AG, Frankfurt und Berlin, sowie der Citigroup, London, Wertpapiere mit einem Nominalwert von 20,0 Mio. € (Vorjahr: 5,0 Mio. €) verpfändet.

Darüber hinaus sind als Sicherheit im Rahmen einer Emission Wertpapiere mit einem Nominalwert von 67 Mio. USD gegenüber der WestLB AG, Filiale London, verpfändet. Der KfW Bankengruppe, Frankfurt am Main, sind zur begleitenden Absicherung gemeinsamer Geschäftskonzepte Wertpapiere in Höhe von 390 Mio. USD verpfändet.

Termingeschäfte/Marktwerte von Derivaten/Zinsänderungsrisiken

Wir schließen Termingeschäfte (Swaps, Forward Rate Agreements und Futures) ab, die im Wesentlichen der Steuerung und Begrenzung von Zinsänderungsrisiken dienen. Dies betrifft im Wesentlichen den Kreditrefinanzierungsbestand und das Investment Portfolio. Ein Handel in derivaten Instrumenten wird nur in eingeschränktem Umfang betrieben. Die Höhe des Zinsänderungsrisikos der Bank wird durch ein vom Vorstand verabschiedetes Limitsystem begrenzt und im Rahmen unseres Risikomanagements ständig überwacht. Zusätzlich wird das Volumen der Termin- und Derivat-Geschäfte durch kontrahentenbezogene Limite begrenzt.

Im Kreditrefinanzierungsbestand werden die Zinsänderungsrisiken aus Kreditgewährungen und den dazugehörigen Refinanzierungen ausgesteuert. Hierbei werden die langfristigen Kredite weitgehend fristenkongruent refinanziert. Derivate werden dabei zur Beseitigung bzw. Reduktion von Fristeninkongruenzen und Zins- und Wechselkursrisiken eingesetzt.

Das Investment Portfolio enthält im Wesentlichen liquide Wertpapiere, die zum größten Teil von der EZB als Sicherheit für z. B. Tendergeschäfte hereingenommen wurden. Es handelt sich dabei u. a. um Floating Rate Notes, die sich aufgrund der regelmäßigen Zinsanpassungen durch stabile Kurse auszeichnen. Die Verzinsung der Floater wird über Derivate optimiert.

Marktwerte von Derivaten in Mio. €	Nominal- betrag	Positiver Marktwert	Negativer Marktwert
Zinsbezogene Geschäfte	27 771	211	-606
Währungsbezogene Geschäfte	8 034	95	-137
Aktien- und indexbezogene Geschäfte	0	0	0
Insgesamt	35 805	306	-743

Negative Marktwerte aus zinsbezogenen Derivaten entstehen im Kreditrefinanzierungsbestand, wenn für die Bank aus dem Derivat netto ein festverzinslicher Aufwand resultiert und das Markt-Zinsniveau zwischen dem Abschluss des Geschäftes und dem Bilanzstichtag gesunken ist, da die Bank ein sonst gleichartiges Geschäft am Bilanzstichtag zu einem niedrigeren Zinsaufwand abschließen könnte. Soweit negative Marktwerte im Investment Portfolio vorhanden sind, gilt hier der zuvor beschriebene Zusammenhang ebenfalls, allerdings bezogen auf die Zinserträge.

Da solche Derivate im Wesentlichen zum Management des Zinsänderungsrisikos dienen (s.o.), stehen solchen festverzinslichen Aufwendungen Erträge aus Krediten und festverzinslichen Wertpapieren in etwa gleicher Höhe gegenüber. Den negativen Marktwerten der Derivate stehen positive Bewertungseffekte aus festverzinslichen Krediten und Wertpapieren gegenüber. Aufgrund der Haltestrategie der Bank für diese Derivate ergeben sich – soweit keine Limitüberschreitungen mit daraus resultierender Notwendigkeit zur Schließung der Positionen vorliegen – aus den negativen Marktwerten keine GuV-Auswirkungen.

Die positiven oder negativen Marktwerte wurden soweit möglich mittels der Börsenkurse errechnet. Die Marktwerte werden, falls Börsenkurse nicht verfügbar sind, nach der Discounted-Cash-Flow-Methode auf Basis eines Vergleichs mit ähnlichen Markttransaktionen oder anderen Bewertungsmodellen ermittelt. Die Discounted-Cash-Flow-Methode beruht auf geschätzten zukünftigen Zahlungsströmen und entsprechenden Abzinsungsfaktoren. In die Bewertungsmodelle gehen Parameter wie Zinsstrukturkurven, Zeitwerte und Volatilitätsfaktoren ein. Die ausgewiesenen Marktwerte enthalten – den Marktusancen folgend – die abzugrenzenden Stückzinsen.

Bezüge und Kredite der Organe

Eine ausführliche Beschreibung der Bezüge und des Vergütungssystems für die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats befindet sich im Vergütungsbericht, der Bestandteil des Lageberichtes ist.

Die Vergütung des Vorstands

Für das Geschäftsjahr 2006/07 beliefen sich die Gesamtbezüge des Vorstands auf 7 824 Tsd. €. Hiervon entfallen 6 837 Tsd. € auf die Jahresvergütung und 987 Tsd. € auf die Zuführung zur Pensionsrückstellung.

Frühere und ausgeschiedene Mitglieder des Vorstands

Die Gesamtbezüge der früheren Mitglieder und ausgeschiedener Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebenen beliefen sich auf 5 345 Tsd. € (Vorjahr: 2 871 Tsd. €) als Auszahlungen bzw. Rückstellungszuführungen. Für Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Mitgliedern des Vorstands und ihren Hinterbliebenen wurden 29 680 Tsd. € zurückgestellt.

Die Vergütung des Aufsichtsrats

Für das Geschäftsjahr 2006/07 beliefen sich die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats auf 1 339 Tsd. €. Hierin sind 189 Tsd. € Reisekosten/Umsatzsteuer enthalten.

Bezüge des Beraterkreises

An Mitglieder des Beraterkreises wurden inklusive Umsatzsteuer 403 Tsd. € (Vorjahr: 390 Tsd. €) gezahlt.

Gewährte Kredite an Mitglieder der Organe und des Beirats (Beraterkreis)

An Vorstandsmitglieder wurden keine Kredite vergeben. Wir haben an Mitglieder des Aufsichtsrats und des Beraterkreises Kredite in einer Gesamthöhe von 1,4 Mio. € (Vorjahr: 2,4 Mio. €) hinausgelegt.

Anzahl der Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt (gerechnet auf Basis von Vollarbeitszeitkräften)

	2006/07	2005/06
männlich	715	682
weiblich	441	413
	1 156	1 095

Corporate Governance

Die Bank hat die nach § 161 AktG vorgeschriebene Erklärung abgegeben und den Aktionären dauerhaft zugänglich gemacht.

Organe

Bei der nachstehenden Aufstellung der Mitglieder des Aufsichtsrates und des Vorstandes sind jeweils unter

- a) die Mitgliedschaft in anderen gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten und
 b) die Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen angegeben.

Aufsichtsrat

Vorsitzender

Dr. h. c. Ulrich Hartmann, Düsseldorf
 Vorsitzender des Aufsichtsrats der
 E.ON AG

a) E.ON AG (Vorsitzender)

Deutsche Bank AG
Deutsche Lufthansa AG
Hochtief AG
Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft AG

b) Henkel KGaA

Stellv. Vorsitzende

Hans W. Reich, Frankfurt (Main)
 Sprecher des Vorstands der
 KfW Bankengruppe i. R.
 (bis 31. August 2006)

a) Aareal Bank AG (Vorsitzender)

*HUK-COBURG Haftpflicht-Unterstützungs-Kasse
 kraftfahrender Beamter Deutschlands a.G.*
HUK-COBURG-Holding AG
ThyssenKrupp Steel AG

b) Citigroup Inc.

DePfa Bank plc.

Detlef Leinberger, Frankfurt (Main)
 Mitglied des Vorstands der
 KfW Bankengruppe
 (seit 31. August 2006)

b) *Europäischer Investitionsfonds (EIF)*

Dr. Alexander v. Tippelskirch, Düsseldorf
 Stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der
 IKB Deutsche Industriebank AG

a) Alba AG (Vorsitzender)

GELITA AG (Vorsitzender)
P-D INTERGLAS TECHNOLOGIES AG (stellv. Vorsitzender)

b) Hako-Holding GmbH & Co.

Hako-Werke Beteiligungsgesellschaft mbH
Krono-Holding AG
nobilia-Werke J. Stickling GmbH & Co.
Schmolz & Bickenbach KG
Schmolz & Bickenbach AG
Hans Martin Wälzholz-Junius Familienstiftung
Eckart Wälzholz-Junius Familienstiftung
Dietrich Wälzholz Familienstiftung

Mitglieder

Dieter Ammer, Hamburg
Kaufmann

- a) *Beiersdorf AG* (Vorsitzender)*
- Conergy AG (Vorsitzender)*
- Tchibo GmbH* (Vorsitzender)*
- GEA AG*
- Heraeus Holding GmbH*
- tesa AG**
- (* Konzernmandate)*

Jörg Asmussen, Berlin
Ministerialdirektor im
Bundesministerium der Finanzen

- a) *Euler Hermes Kreditversicherungs-AG*
- Postbank AG*
- b) *Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht*
(stellv. Vorsitzender)

Dr. Jens Baganz, Düsseldorf
Staatssekretär im Ministerium für
Wirtschaft, Mittelstand und Energie des
Landes Nordrhein-Westfalen

- a) *Messe Düsseldorf GmbH*
- b) *GfW Gesellschaft für Wirtschaftsförderung*
Nordrhein-Westfalen GmbH (Vorsitzender)
- NRW.International GmbH (Vorsitzender)*
- Entwicklungsgesellschaft Zollverein mbH*
- Forschungszentrum Jülich GmbH*
- NRW.BANK*
- NRW Japan K.K.*
- ZENIT GmbH*

Dr. Jürgen Behrend, Lippstadt
Geschäftsführender persönlich haftender
Gesellschafter der Hella KGaA Hueck & Co.

- a) *Leoni AG*

Wolfgang Bouché, Düsseldorf
Arbeitnehmervertreter

Hermann Franzen, Düsseldorf
Persönlich haftender Gesellschafter des
Porzellanhauses Franzen KG

- a) *SIGNAL IDUNA Allgemeine Versicherung AG*
(stellv. Vorsitzender)
- IDUNA Vereinigte Lebensversicherung aG*
- SIGNAL IDUNA Holding AG*

- b) *BBE Unternehmensberatung GmbH (Vorsitzender)*

Dr.-Ing. Mathias Kammüller, Ditzingen
Vorsitzender der Geschäftsleitung der
TRUMPF Werkzeugmaschinen GmbH + Co. KG

- b) *Bürkert GmbH & Co.*
- HUBER VERPACKUNGEN GmbH & Co. KG*

Wilhelm Lohscheidt, Düsseldorf
(bis 31. August 2006)
Arbeitnehmervertreter

Jürgen Metzger, Hamburg
Arbeitnehmervertreter

Roland Oetker, Düsseldorf
Geschäftsführender Gesellschafter
der ROI Verwaltungsgesellschaft mbH

- a) *Mulligan BioCapital AG (Vorsitzender)*
- Deutsche Post AG*
- Volkswagen AG*

- b) *Dr. August Oetker KG (stellv. Vorsitzender)*

Dr.-Ing. E.h. Eberhard Reuther, Hamburg
Vorsitzender des Aufsichtsrats
der Körber Aktiengesellschaft

- a) *Körber AG (Vorsitzender)*

Randolf Rodenstock, München
Geschäftsführender Gesellschafter der
Optische Werke G. Rodenstock KG

*a) E.ON Energie AG
Rodenstock GmbH*

Rita Röbel, Leipzig
Arbeitnehmervertreterin

Dr. Michael Rogowski, Heidenheim
Vorsitzender des Aufsichtsrats der
Voith AG

*a) Voith AG (Vorsitzender)
Carl Zeiss AG
HDI Haftpflichtverband der Deutschen
Industrie V.a.G.
Klöckner & Co. AG
Talanx AG*

*b) European Aeronautic Defence and Space
Company EADS N.V.
Freudenberg & Co.*

Jochen Schametat, Düsseldorf
(seit 31. August 2006)
Arbeitnehmervertreter

Dr. Carola Steingräber, Berlin
Arbeitnehmervertreterin

Dr. Martin Viessmann, Allendorf (Eder)
Vorsitzender der Geschäftsführung der
Viessmann Werke GmbH & Co. KG

*a) Messe Frankfurt GmbH
Schott AG
Sto AG*

Ulrich Wernecke, Düsseldorf
Arbeitnehmervertreter

Andreas Wittmann, München
Arbeitnehmervertreter

Vorstand

Frank Braunsfeld
(seit 1. März 2007)

b) *IKB Credit Asset Management GmbH*
IKB Capital Corporation
IKB Immobilien Management GmbH

Dr. Volker Doberanzke
(seit 1. Juni 2006)

b) *IKB Data GmbH (Vorsitzender)*
IKB Credit Asset Management GmbH
IKB Capital Corporation
IKB Autoleasing GmbH
IKB Leasing GmbH
IKB Leasing Berlin GmbH
IKB Private Equity GmbH
IKB International S. A.

Dr. Markus Guthoff

a) *Carl Zeiss Meditec AG*
b) *IKB Capital Corporation (Chairman)*
IKB Credit Asset Management GmbH (stellv. Vorsitzender)
IKB Private Equity GmbH (Vorsitzender bis 31. März 2007)
IKB International S. A. (seit 1. April 2007)
Movesta Lease and Finance GmbH
Poppe & Potthoff GmbH

Claus Momburg

b) *IKB Autoleasing GmbH (Vorsitzender)*
IKB Leasing Berlin GmbH (Vorsitzender)
IKB Leasing GmbH (Vorsitzender)
IKB Private Equity GmbH (Vorsitzender seit 1. April 2007)
Movesta Lease and Finance GmbH (stellv. Vorsitzender)
Argantis GmbH
IKB International S. A.

Joachim Neupel
(bis 31. Dezember 2006)

a) *Aareal Bank AG*
b) *IKB Immobilien Management GmbH (Vorsitzender)*
IKB Movesta Lease and Finance GmbH (Vorsitzender)
IKB Leasing GmbH
IKB Leasing Berlin GmbH
IKB Autoleasing GmbH
IKB Private Equity GmbH

Stefan Ortseifen

a) *Coface Deutschland AG*
Coface Holding AG
b) *IKB International S. A. (Vorsitzender)*
IKB Credit Asset Management GmbH (Vorsitzender)
DEG – Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH (stellv. Vorsitzender)
IKB Autoleasing GmbH (stellv. Vorsitzender)
IKB Capital Corporation (Vice Chairman)
IKB Leasing Berlin GmbH (stellv. Vorsitzender)
IKB Leasing GmbH (stellv. Vorsitzender)
IKB Private Equity GmbH (stellv. Vorsitzender)
KfW Bankengruppe

Frank Schönherr
(bis 30. November 2006)

b) *IKB Capital Corporation (Chairman)*
IKB Financière France S.A. (Président Directeur Général)

Mitarbeiter der
IKB Deutsche Industriebank AG

Angaben gemäß § 340 a Abs. 4 Ziff. 1 HGB

Klaus Reineke
GKD Gebr. Kufferath AG

Düsseldorf, den 15. Mai 2007
IKB Deutsche Industriebank AG
Düsseldorf
Der Vorstand

B. A. Falenke Jüttgen

Henly Remy

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der IKB Deutsche Industriebank Aktiengesellschaft, Düsseldorf, für das Geschäftsjahr vom 1. April 2006 bis 31. März 2007 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lage-

berichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Düsseldorf, den 4. Juni 2007

KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Wohlmannstetter	Ufer
Wirtschaftsprüfer	Wirtschaftsprüfer

Die Standorte der IKB Deutsche Industriebank AG

Düsseldorf

Wilhelm-Bötzkes-Straße 1 · 40474 Düsseldorf
Postfach 10 11 18 · 40002 Düsseldorf
Telefon +49 (0)211 8221-0
Telefax +49 (0)211 8221-3959
www.ikb.de
E-Mail: info@ikb.de

Berlin

Markgrafenstraße 47 · 10117 Berlin
Postfach 11 04 69 · 10834 Berlin
Telefon +49 (0)30 31009-0
Telefax +49 (0)30 31009-3800

Frankfurt

Eschersheimer Landstraße 121 · 60322 Frankfurt (Main)
Postfach 50 07 41 · 60395 Frankfurt (Main)
Telefon +49 (0)69 79599-0
Telefax +49 (0)69 79599-3860

Hamburg

Heidenkampsweg 79 · 20097 Hamburg
Postfach 10 32 66 · 20022 Hamburg
Telefon +49 (0)40 23617-0
Telefax +49 (0)40 23617-3820

Leipzig

Käthe-Kollwitz-Straße 84 · 04109 Leipzig
Postfach 31 03 15 · 04162 Leipzig
Telefon +49 (0)341 48408-0
Telefax +49 (0)341 48408-3830

München

Seidlstraße 27 · 80335 München
Postfach 20 06 61 · 80006 München
Telefon +49 (0)89 54512-0
Telefax +49 (0)89 54512-3884

Stuttgart

Löffelstraße 4 · 70597 Stuttgart
Postfach 70 04 62 · 70574 Stuttgart
Telefon +49 (0)711 22305-0
Telefax +49 (0)711 22305-3870

Amsterdam

Apollolaan 133-135 · 1077 AR Amsterdam · Nederland
Telefon +31 (0)20 5708000
Telefax +31 (0)20 5708050

London

80 Cannon Street · London EC4N 6HL · United Kingdom
Telefon +44 (0)20 709072-00
Telefax +44 (0)20 709072-72

Luxemburg

12, rue Erasme · 1468 Luxembourg · Luxembourg
Telefon +352 423777-0
Telefax +352 420603

Madrid

Palazzo Reale
Paseo de la Castellana 9-11 · 28046 Madrid · España
Telefon +34 (0)91 700-1063
Telefax +34 (0)91 700-1463

Mailand

Via Dante, 14 · 20121 Milano · Italia
Telefon +39 02 726016-1
Telefax +39 02 726016-50

Paris

7, Place Vendôme · 75001 Paris · France
Telefon +33 (0)1 703977-77
Telefax +33 (0)1 703977-47

Tochtergesellschaften und Beteiligungen

IKB Capital Corporation

555 Madison Avenue
New York, NY 10022 · USA
Telefon +1 212 485-3600
Telefax +1 212 583-8800

IKB International S. A.

12, rue Erasme · 1468 Luxembourg · Luxembourg
Telefon +352 42378-70
Telefax +352 42378-7599
www.ikb-international.de

IKB Finance B.V.

Strawinskylaan 3111,
„Atrium“ 6th Floor
1077 ZX Amsterdam · Nederland
P.O. Box 1469
1000 BL Amsterdam · Nederland
Telefon +31 (0)20 4420295
Telefax +31 (0)20 4420295

IKB Equity Finance GmbH

Wilhelm-Bötzkkes-Straße 1 · 40474 Düsseldorf
Postfach 10 11 18 · 40002 Düsseldorf
Telefon +49 (0)211 8221-14
Telefax +49 (0)211 8221-3949

IKB Leasing GmbH

Heidenkampsweg 79 · 20097 Hamburg
Postfach 10 32 05 · 20022 Hamburg
Telefon +49 (0)40 23626-0
Telefax +49 (0)40 23626-5278
www.ikb-leasing.com

IKB Leasing Berlin GmbH

„Seepassage“ Friedrichstraße 1-3 · 15537 Erkner
Telefon +49 (0)3362 5824-0
Telefax +49 (0)3362 5824-3819

Movesta Lease and Finance GmbH

Uerdinger Straße 90 · 40474 Düsseldorf
Postfach 10 11 18 · 40002 Düsseldorf
Telefon +49 (0)211 8221-6282
Telefax +49 (0)211 8221-6382
www.movesta.de

IKB Immobilien Management GmbH

Uerdinger Straße 90 · 40474 Düsseldorf
Postfach 10 11 18 · 40002 Düsseldorf
Telefon +49 (0)211 8221-11
Telefax +49 (0)211 8221-3911
www.ikb-img.de

IKB Data GmbH

Wilhelm-Bötzkkes-Straße 1 · 40474 Düsseldorf
Postfach 10 11 18 · 40002 Düsseldorf
Telefon +49 (0)211 8221-16
Telefax +49 (0)211 8221-3955
www.ikb-data.de

IKB Credit Asset Management GmbH

Wilhelm-Bötzkkes-Straße 1 · 40474 Düsseldorf
Postfach 10 11 18 · 40002 Düsseldorf
Telefon +49 (0)211 8221-0
Telefax +49 (0)211 8221-3959
www.ikb-cam.de

